



Prof. Dr. Roland Günter dwb
1. Vorsitzender des
Deutschen Werkbunds NW

Werrastraße 1
46117 Oberhausen
Tel. 0208 - 669868
Fax 0208 - 669038
rolandguenter@t-online.de
www.roland-guenter.de

Die Ruhrgebiets-Ikone Hans Sachs-Haus – führen Denk-Fehler zum Desaster – und jetzt zur öffentlichen Hinrichtung?

„Dieses repräsentative Gebäude ist in einem Maße Wahrzeichen der Stadt geworden, wie man es bei seinem Bau kaum ahnen konnte“ (Wilhelm Niemöller, 1950; nach 1945 Presse-Chef der Stadt Gelsenkirchen).

Als Reaktion auf den Ersten Welt-Krieg bildete sich ein neues Denken. Es entstanden Ikonen der Moderne. Moderne verband sich mit Spiritualität. Das Hans Sachs-Haus in Gelsenkirchen ist eine Ikone des Ruhrgebietes.

Niemand hätte vor einigen Jahren gedacht, daß diese Ikone jemals in Gefahr käme, abgerissen zu werden. Es gibt Bauten, die sakrosankt sind. Unfaßbar: jetzt steht das Gebäude vor dem Abgrund.

Wie kam es dazu? Das ist eine dramatische Geschichte – von Großmannssucht, Veränderung der Zielsetzung, Inkompetenz, Blindheit und Willkür.

Wird diese Ikone wirklich abgerissen, verlieren Stadt, Region und Deutschland ein Symbol-Bauwerk – unwiederbringlich. Und sie erleiden einen Image-Verlust, der nicht wieder gut gemacht werden kann.

Noch ist das Hans Sachs-Haus zu retten.

Noch gibt es Umkehr.

Noch kann der Henker, der es hinrichten soll, Nein sagen.

Es kann sogar aus der Krise eine zukunftsweisende Stadtentwicklung für Gelsenkirchen entstehen – als Leitbild für die Region.

Denn: die Kulturhauptstadt 2010 kann sich mit dem Fall der Ikone auf die Knochen blamieren – oder ein Beispiel dafür geben, wie in schwieriger Lage Probleme gelöst werden können.

Ouvertüre: Die Bedeutung der Bau-Ikone

Der Architekt. Das Hans Sachs-Haus wurde 1922 konzipiert.

Alfred Fischer entwarf es, der bedeutendste Architekt im Ruhrgebiet neben Fritz Schupp/Martin Kremmer (Zollverein in Essen u. a.).

Fischer galt im Ruhrgebiet als Exponent des Deutschen Werkbunds, aus dem kurz zuvor das Bauhaus hervorgegangen war.

Fischer gestaltete und leitete die Folkwang Schule in Essen.

Die Leitidee. Alfred Fischers bedeutendste Leistung: Er war der Architekt des demokratischen Aufbruchs.

Die Kaiser-Zeit endete in einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Katastrophe. Zum ersten Mal erhielt das Land eine Demokratie – in schwierigen Zeiten und von vielen Feinden befehdet. Es war eine zarte Pflanze, die kaum Macht hatte – und durch Menschlichkeit und Geist überzeugen mußte.

Demokratie hieß Teilhabe der Bevölkerung und Versuch, auf einem schwierigen Weg bessere soziale und kulturelle Verhältnisse zu schaffen.

Für das Studium dieses schwierigen historischen Prozesses – bis in die Gegenwart – ist Gelsenkirchen ein spannendes Beispiel.

Volks-Rathaus. Nach den ähnlich spätmittelalterlichen Volks-Rathäusern war das Hans Sachs-Haus – nach rund 400 Jahren – der erste Versuch, ein solches Volks-Rathaus neu zu schaffen. Rat und Verwaltung wollten sich nicht mehr von der Bevölkerung distanzieren, sondern sie nahmen viele öffentliche Tätigkeiten und Bedürfnisse in ihr großes Haus auf – als Bürger-Zentrum. In diesem Mehrzweck-Gebäudekomplex entstanden Geschäfte und Büros, Versammlungs-Stätten und ein Fest-Saal, ein Hotel sowie vieles mehr.

Damit war das Hans Sachs-Haus das Vorbild für die Idee der Vielzweck-Bauten, die seit den 1970er Jahren entstanden.

Volkstümlichkeit und Identität. Dieses Gebäude war in seiner Vielfältigkeit sehr intelligent angelegt. Für die Bevölkerung ist es voller Erinnerungen – bis hin zur Tanz-Stunde, zum Kennen-Lernen, zu den besten Stunden eines oft mühsamen Lebens in einer Stadt, die sich erst bilden mußte und die in zwei Kriegen Schreckliches durchstand.

Damit stiftete das Hans Sachs-Haus eine hohe Identität für die Menschen, die bis heute Schwierigkeiten mit ihrer persönlichen und städtischen Identität haben. Daher wurde das Hans Sachs-Haus zu einer unbezahlbaren Ikone im problematischen Stadtentwicklungs-Prozeß.

Berufs-Verbot für den Schöpfer. Der Architekt Alfred Fischer war in seiner Zeit einer der fortschrittlichsten Architekten.

Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht kamen, wurde er dafür sofort mit größter Härte bestraft:

Sie gaben ihm Berufs-Verbot, er mußte schweigen, wurde geradezu verbannt in ein Dorf in Bayern – und durfte nie mehr bauen. Die neue Demokratie erlebte er nicht mehr.

Wahr-Zeichen. Das Hans Sachs-Haus ist nun seit 80 Jahren ein Wahrzeichen der Stadt (Wilhelm Niemöller, 1950).

Ein Wahrzeichen reißt man nicht mir nichts dir nichts ab. Wer ein solches Verbrechen begeht, kann sich in einer Öffentlichkeit nicht mehr sehen lassen, die etwas auf Werte hält.

Fortschritt. Das Hans Sachs-Haus wurde in den 1920er Jahren gut verstanden: Es galt als Zeichen des Fortschritt – und wurde daher „von einer mehr konservativen Einstellung“ angefeindet (Wilhelm Niemöller, 1950).

Wer heute diese Ikone antastet, muß es sich gefallen lassen, in die entsprechende Kategorie einrangiert zu werden.

Verständnislosigkeit. Es ist unfassbar, daß dies alles, als es an die sogenannte Sanierung des Gebäudes ging, nicht gesehen wurde – und daß heute noch Menschen dafür blind bleiben wollen, obwohl ihnen dies seit einiger Zeit vor Augen geführt wird.

Friedrich Nietzsche, 1887: „Wie macht man dem Menschen-Thiere ein Gedächtnis? Wie prägt man diesem theils stumpfen, theils fasigen Augenblicks-Verstande, dieser leibhaftigen Vergesslichkeit Etwas so ein, dass es gegenwärtig bleibt? “

Gefordert: Einsicht. Jeder redlich denkende Mensch kann vor dieser Ikone des Ruhrgebietes nur Stolz empfinden – und eine Hochachtung für die vielen Menschen von einst, die in weitaus schwierigerer Zeit ein Zeichen für einen demokratischen Aufbruch setzten.

Gerade in einer Stadt, in der Menschen lange Zeit ein schweres Schicksal hatten und sich besonders mühevoll zu vernünftigen Lebens-Verhältnissen durchkämpfen mußten, darf man Verständnis erwarten: für ein so wichtiges Symbol sozialkultureller Gerechtigkeit.

Hier geht es um mehr als um ein Gebäude – hier steht die Achtung vor sich selbst und vor anderen sowie für die sozialkulturelle Geschichte der Region auf dem Prüfstand.

Wir dürfen auch erwarten, daß in einer Stadt, in der es nach 1945 viel kritische Beschäftigung mit dem NS-Staat gab, die Leistung und das Schicksal des mutigen Architekten gewürdigt wird, dem die Nationalsozialisten ein bitteres Schicksal verhängten.

Zunächst

kann man sich nur wundern über ein völlig überflüssiges Unternehmen. Das Hans Sachs-Haus hatte nicht mehr nötig als die für jedes Gebäude üblichen Reparaturen – nichts weiter.

Selbst ein verbesserter Brandschutz ist kein Zwang zu einer umfangreichen Maßnahme. Man weiß, wie er mit Bestandsschutz schonend und kostenminimierend eingebaut wird.

Wäre man nicht an das Hans Sachs-Haus mit „Kanonen“ rangegangen, säßen darin alle Leute noch friedlich und zufrieden.

Und die arme Stadt hätte viel Geld gespart.

Und sich einen riesigen Skandal erspart.

Das Gebäude war in Ordnung.

Wenn jemand an der einen oder anderen Stelle Ängste hatte, mußte er dafür nicht das Haus auf den Kopf stellen – es hätte genügt, die eine oder andere Stütze einzustellen oder den einen oder anderen Raum zu sperren.

Wenn man arm ist, kann man sich eben keine Nobel-Karosse leisten.

Wenn man repräsentieren will, muß man es mit den Werten tun, die man hat – darüber hätte man nachdenken müssen. Es gibt genügend Werte, die nichts kosten.

Darüber müssen wir aber auch nach dem Desaster unter dem Stichwort Perspektive diskutieren.

Das Desaster: Eine Kette von Denk-Fehlern

Das Ergebnis eines völlig mißratenen Prozesses steht vor unseren Augen. Das Problem: eine Kette von 24 schwerwiegenden Denk-Fehlern.

1) Verlust der Balance. Lange Zeit sparte man an Instandhaltungs-Arbeiten. Dies bedeutete: Mißachtung vorhandener Werte.

Es gab keinen Gedanken, wozu man Werte in seiner Stadt hat! Daß sie dazu dienen, sich gut zu fühlen! Eine Identität zu haben!

Nach viel Vernachlässigung sollte plötzlich „gründlich renoviert“ werden.

Dafür gab es keine zwingende und dringende Notwendigkeit. Die normale Pflege hätte genügt.

Das übliche geschah: ohne Sinn für Balance geriet man von einem Extrem ins andere.

2) Zu hoher Anspruch. Oliver Wittke (CDU) hatte gerade den SPD-Oberbürgermeister abgelöst. Er sah das Hans Sachs-Haus als Chance, zu glänzen. In mehrerer Hinsicht.

Dies war der zweite Denk-Fehler: Weil er den Mund viel zu voll nahm, wurde ein viel zu hoher Anspruch an das historische Gebäude gestellt. Man darf nicht erwarten, daß man aus einem historischen Gebäude einen Palast unserer Tage machen kann. Das muß auch nicht sein. Wenn man kein Geld für einen Armani-Anzug hat, muß man sich keinen anschaffen – es gibt auch gute andere.

3) Der Idioten-Wettlauf der Städte um Großprojekte. Ein unfassbarer Mangel an Nachdenklichkeit und in Folge von Realismus bringt mehrere Ruhrgebiets-Städte dazu, Wettläufe um große Hallen zu machen.

Das Musik-Leben darf und kann nicht vom Prestige-Gebäude abhängig sein: Es hat keinen Sinn, daß jede Stadt ein großes Konzert-Haus besitzt. In der Region genügen die Musik-Häuser in Essen und in Dortmund. Bereits diese haben Probleme der Auslastung. Wozu dann weitere?

Karl Ganser: „Der Umgang mit dem Hans Sachs-Haus war das typische Beispiel der Großmannssucht dieser Zeit. Jede Stadt mußte dasselbe haben.“

In einer vernünftigen Verteilung der Aufgaben in der Region hat Gelsenkirchen das großartige Musik-Theater.

4) Priorität: eigenes Prestige – vor Sachgerechtigkeit. Oberbürgermeister Oliver Wittke (CDU9 wollte die Wiederwahl 2004 gewinnen. Das ist legitim. Aber dafür setzte er einen Zeit-Plan der Fertigstellung des Hans Sachs-Hauses, der unsachlich war – und daher völlig unrealistisch. Dies ist eine von mehreren Ursachen dafür, daß mit unangemessenen Methoden gearbeitet wurde. Mehr dazu weiter unten.

Das Desaster: auch die unangemessenen Methoden führten nicht zum Ziel, sondern zum Gegenteil – zur Zerstörung.

5) Ausschaltung der eigenen Verwaltung. Oberbürgermeister Oliver Wittke mißtraute seiner Verwaltung. Das hat einen Sach-Grund und einen parteipolitischen Grund.

Tatsächlich war im Laufe vieler Jahre der Umfang und die Qualität der Verwaltung gravierend abgebaut worden.

Aber dies kann die Weichenstellung für das Hans Sachs-Haus nicht rechtfertigen.

Wittke hätte sich um eine Qualifizierung der Verwaltung bemühen müssen. Dabei konnte er sich Assistenz von Außen holen. Auf keinen Fall durfte er die Aufgabe aus der Hand geben.

6) Ausschaltung von eigener Kompetenz. Was noch an Kompetenz im Amt war, wurde ausgeschaltet – teilweise sogar brutal.

Da gibt es den Fall Boekh. Der Bauamtsleiter durchschaute den extremen und völlig unflexiblen Umgang mit dem Brandschutz, der Kosten trieb und zerstörte – und wandte ein: viele Schulen in Gelsenkirchen und Umgebung entsprechen weit weniger den Brandschutz-Vorschriften. Die Folge: Boeck wurde versetzt und so gemobbt, daß er woanders hinging.

7) Die parteipolitischen Schiene – mit hoher Inkompetenz. Wittke bediente die parteipolitische Schiene. Gelsenkirchen wurde ein extremes Beispiel für Klientel-Politik – und zeigt, wohin dies führt: ins Desaster.

Wittke holte aus einer münsterländischen Stadt einen Kämmerer mit dem gleichen Partei-Buch: Rainer Kampmann. Dann entzog er dem sozialdemokratischen Beigeordneten Michael von der Mühlen die Zuständigkeit für das Projekt und gab sie dem Kämmerer.

Doch dieser erwies sich als komplett unfähig, die Aufgabe zu lösen. Die Aktion war in unfaßbarer Weise dilettantisch.

Die parteipolitische Schiene wurde so bedient, wie führende CDU-Leute sie lange Zeit beim politischen Gegner als „Filz“ in schwärzesten Farben an die Wand malten.

Es entstand das Netz eines Klüngels – nach dem Prinzip des „rheinischen Klüngels“, wie er in Köln legendär wurde. Dies wäre im Detail zu untersuchen.

8) Heimliche Veränderung des Zieles: statt Denkmal-Sanierung ein Neubau. Das Ziel war zunächst eine restaurierende Sanierung.

Aber es gab Kräfte (im einzelnen müssen sie noch identifiziert werden), die für ein ganz anderes Ziel arbeiteten – klammheimlich, aber scheinbar effizient: für Abriß und Neubau. Unter diesem Aspekt erhellt sich, warum das Gebäude wie ein Schweizer Käse durchlöchert und mit falschen Ansätzen „totgegutachtet“ wurde, wie kritische Experten (die man bis heute aussperrt) urteilten.

Wittke hatte den Prozeß methodisch völlig falsch eingefädelt. Dann glitt er ihm vollends aus der Hand. Jedenfalls lenkten der Investor und seine Bau-Firmen ihn in eine ganz andere Richtung: Sie veränderten das Vertrags-Ziel. Dies wurde lange nicht durchschaut, auch nicht von den Kritikern der damaligen Oppositions-Parteien, die heute die Mehrheit stellen.

9) Private Public Partnerschaft (PPP-Modell) – ohne Lenkung. Weil man selbst keine Probleme lösen wollte und konnte, stellte man sich ideologisch auf und behauptete – wie eine Religion: Privat-Wirtschaft kann es besser als Öffentlicher Dienst.

Bis heute sind die Eigentums-Verhältnisse nach außen völlig undurchsichtig. Niemand außer den „Eingeweihten“ weiß genau, wer der Eigentümer ist, ob verpachtet oder geleast wurde und welche Konsequenzen was hat. Man kann nur den Kopf schütteln über diesen Umgang mit der Öffentlichkeit in einem demokratischen Gemeinwesen.

Engagiert wurden:

- Steuerung: Schübler-Plan. Ingenieurgesellschaft für Bau- und Verkehrsplanung, Sankt-Franziskus-Straße 148. 40 470 Düsseldorf.
- Finanzierung: XERIS; Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co.
- DIL Deutsche Immobilien Leasing, Deutsche Bank Gruppe, Königsallee 106. 40 215 Düsseldorf.
- Projekt-Steuerung: DIL Baumanagement, Deutsche Bank Gruppe. Geschäftsstelle Dortmund. Rheinlanddamm 8. 44 139 Dortmund.
- Rohbau und Ausbau: Heitkamp.
- Technische Gebäude-Ausrüstung: Imtech Deutschland GmbH & Co KG. Hauptniederlassung Düsseldorf.
- Nowotny, Mähner & Assoziierte als Controlleur für die Stadt, dann Planer bei Xeris (2004 insolvent).
- Hinzu kamen für den Projekt-Vertrag die britisch-amerikanische Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse Coopers (PWC).
- Wibera, Tochter von PWC als Rechnungsprüfungsgesellschaft.

Im Wesentlichen sind dies also Deutsche Bank-Töchter.

Sie arbeiteten alle nach einer Denk-Weise, die aufeinander abgestimmt ist – aber diese Denk-Weise war methodisch in sich begrenzt d.h. viel zu eng – dem Denkmal nicht angemessen. Der Schiffbruch, den wir vor Augen haben, spricht Bände über diese falsch angelegte Konstellation.

Es war unglaublich naiv zu glauben, man könne Kosten senken, wenn man eine derart komplizierte Konstellation mit gigantisch großen Firmen aufbaut.

Dies bedeutet: eine aufgeblähte und unglaublich teure Bürokratie – nun von privaten Firmen – und für ein keineswegs besonders großes Projekt. Das war Flughafen-Denken und nicht die geforderte subtile Arbeit!

Zudem schuf diese Konstellation keineswegs mehr Sicherheit für das Projekt, sondern machte eine Reihe von gravierenden Fehlern, stellte nichts in Frage, sondern die Mitwirkenden bestätigten sich wechselseitig – und dies kostete unglaubliche Beträge.

Der Investor, so nennen wir der Einfachheit halber die Schachtel der Beteiligten, fuhr die Sache vor die Wand.

Aber: Das war, wie sich allmählich herausstellt, kein Zufall oder Betriebs-Unfall – jedenfalls nicht so, wie es angelegt wurde. Denn diese Farce sollte in einem raffinierten Prozeß einen zweiten Teil erhalten: Das Puzzle der einzelnen Beweis-Stücke setzt sich zusammen zu einem Bild: durch das Herrichten zum Abriß sollte ein Neubau erzwungen werden.

Die Stadt Maastricht, die in den Niederlanden als angesehenste Vorzeige-Kommune gilt, arbeitet seit 15 Jahren umfangreich mit Investoren zusammen. Aber: die Stadt gibt entschieden und deutlich vor, wo es lang geht. Und: sie kontrolliert. Dies entspricht einem Bewußtsein von Stadt-Kultur. Denn PPP kann nicht heißen, sich in die Hand der Willkür eines privaten Investors zu geben.

Das Gelsenkirchener Modell könnte so ausgesehen haben: Die Stadt verpachtete das Hans Sachs-Haus auf Jahrzehnte an den Investor. Sie verpflichtete sich, es auf Dauer zu mieten – zu einem Preis, den der Investor diktieren darf, vielleicht aufgrund seiner Aufwendungen. Der Pferdefuß: keine Deckelung.

So ließ also Gelsenkirchen den Investor praktisch machen, was er wollte. Und so kam es dazu, daß der Investor sein eigenes Spiel spielte. Dabei fuhr er alle vernünftigen städtischen Ziele vor die Wand.

Die Deutsche Bank hat bereits einige Skandale – dies ist der nächste.

10) Ungenügende Programmierung. Es kann keine Rede sein von sorgfältiger Programmierung seitens der Stadt.

Der Investor hatte nur ein sehr begrenztes und sehr banales Interesse an der Bau-Aufgabe. Auch er machte keine differenzierte Programmierung. Seine Denk-Weise begrenzte sich auf die Bau-Technik – und dies auf einer falschen Schiene. Was geschah, war einfältig: darin steckte nahezu keinerlei Problem-Bewußtsein – und so entwickelte sich ein entsprechendes Ergebnis – ein Desaster.

11) Der falsche Investor. Die Stadt war verpflichtet, sich anzusehen, wem sie das Boot übergab: Es waren die Falschen.

Diese hatten keine Lust, eine komplexe Aufgabe komplex zu lösen. Vor allem waren sie überhaupt nicht kompetent, das Ziel der denkmalgerechten Sanierung zu erreichen.

Der Investor war nicht aufgestellt als Denkmal-Sanierer. Trotzdem behauptete er: Wir können das alles. Dieser Investor hatte weder Ahnung noch Lust, mit einem historischen Gebäude angemessen umzugehen, sondern behandelte es wie den Flughafen von Düsseldorf, wo der Projekt-Steuerer Schüßler zuvor tätig war. Einen Flughafen kann er wohl bauen – aber von einer Denkmal-Sanierung hätte er die Finger lassen müssen. Man kann sich nicht für etwas melden und dafür viel Geld nehmen und viel Schaden anrichten, wovon man nichts versteht.

Kronzeuge dafür ist auch der Landeskonservator. Er stellte dies deutlich klar, leider aber erst in fatal zu später Einsicht (siehe unten).

Auch Assmann Planen und Bauen hatte keinerlei Erfahrung in denkmalgerechter Sanierung. Seine Argumente laufen auf der gleichen Schiene des veränderten Zieles und der unadäquaten Methode wie beim Investors.

12) Kosten – ein Versprechen wandelt sich ins Gegenteil. Was für ein Umgang mit Kosten und Kalkulation!

Am Anfang stand die Lockung und das Versprechen, daß die Problem-Lösung für die Stadt kein Geld kosten würde – am Ende wurden 143 Millionen Euro genannt, die 25 Jahre lang über eine gigantisch hohe Miete zu finanzieren sind. Dies bedeutet für den Investor: hoher Gewinn.

Die Stadt aber hat auch noch entsprechend hohe Zins-Kosten.

Weil die Leitenden der Stadt dies nicht durchschaute oder bequem mitmachte, liefen sie in eine aberwitzige Falle.

13) Keine Kosten-Deckelung. Einen der gewaltigsten Denk-Fehler machte die Stadt, als sie den Vertrag nicht deckelte d. h. den Aufwand nicht begrenzte. Dies führte dazu, daß die Begehrlichkeit wuchs: den Aufwand hochzutreiben – und damit mehr Gewinn zu erzielen. Die XERIS und Partner Heitkamp kannten – wie sich erwies – keine Scham-Grenze. Man handelte nach dem Motto: Es wird alles bezahlt.

Der Investor interpretierte die nicht vorhandene Kosten-Deckelung als Freibrief, ohne Ende Kosten zu machen. Es gibt Aussagen von Beteiligten, daß im Untersuchungs-Vorgang Kosten keine Rolle spielten – immer mit derselben erpresserischen Scheinrationalisierung (siehe unten).

Wohl keine Kommune in Deutschland begab sich derartig in den Rachen eines Unternehmens, dessen Gefäßigkeit im Gewinne-Machen auf der Hand lag.

Weil dies alles so inkompetent ablief, wird nun deutlich, warum die tumb in die Falle gelaufene Stadt eine Informations-Sperre verhängte (siehe unten).

Nach der Kündigung des Vertrages kann jedoch die neue Führung der Stadt ihre Chance begreifen: daß der angebliche Freibrief kein totaler Freibrief war. Dies wird weiter unten ausgeführt.

Aber: muß diese Führung wie ein Hund zum Jagen getragen werden?

14) Statt Sanierung: ein Neubau. Aberwitzig ist auch der nächste Denk-Fehler: Der Investor behandelte

das Objekt wie einen Neubau: Er legte Neubau-Standards an. Dies ist für ein Baudenkmal nicht notwendig – und vor allem tödlich (siehe unten).

Dahinter steckte, zumindest nach einiger Zeit: Das Gebäude sollte als nicht mehr erhaltungswürdig vorgeführt werden – und damit ein Auftrag zu einem Neubau erzwungen werden.

15) Großtechnologie statt subtiles Bauen. Der Investor wandte eine völlig falsche Methode an: statt subtilem Umgang mit einem Bau-Denkmal wurde großtechnologisches Denken und Großtechnologie wie bei großen Neubauten eingesetzt.

Der Projekt-Steuerer der Firma Schübler (Düsseldorf) war leitend tätig am Neubau des Flughafens in Düsseldorf.

Diese Methode steht der Aufgabe einer Denkmal-Sanierung total entgegen.

Das mußte man wissen, denn das Problem ist nicht neu – es gibt seit 30 Jahren umfangreiche Kenntnisse dazu. Keiner der damals Leitenden kann sich herausreden und entschuldigen.

16) Neubau-Normen statt Denkmal-Denken. Ein historisches Bau-Denkmal ist ein historisches Bau-Denkmal und kein Neubau. Der Gesetzgeber respektiert dies. Er erlaubt, daß nicht alle Normen angewandt werden müssen, die für aktuelles Neu-Bauen gelten. Dies blieb im wesentlichen unbeachtet. Dadurch manövrierte der Projekt-Steuerer den Bau in die Falle. Es wurden nicht die im Denkmalschutz üblichen und weiterhin erlaubten Normen und Befreiungen angesetzt, sondern Normen für den aktuellen Neu-Bau. Dies ist unzulässig: weil es der Tod von Bau-Denkmalen ist.

Der Investor ruinierte das Bau-Denkmal durch Normen und Methoden, die an Neu-Bauten angewendet werden, aber nicht an historischen Bau-Denkmalen.

17) Falsche Statik-Normen. Folgenreiche Denkfehler wurden vor allem im Umgang mit dem Problem der Stand-Festigkeit (Statik) gemacht. Für die Statik wurden Neubau-Normen angesetzt. Sie müssen im Denkmal nicht angewandt werden.

Entscheidend ist: nicht nur die letzte Norm an Stand-Sicherheit ist standsicher, sondern auch frühere Normen.

Prof. Dr. Stefan Polonyi, einer der weltweit angesehensten Experten in diesem Gebiet: Wenn man die heutigen Neubau-Normen für alles verbindlich machen würde, müßten 97 Prozent aller Gebäude abgerissen werden.

Der Umkehr-Schluß, daß alles unsicher ist, was nicht der jüngsten Norm entspricht, ist im Bau-Denkmal unerlaubt.

Hier aber wurde mit dem Stichwort Stand-Sicherheit geblufft. Immerzu wurde – bis heute – behauptet: Der Bau fällt zusammen.

Nun wird die Absicht deutlich: das Gebäude sollte über andere Normen und dadurch den Ausweis immens höherer Kosten zum Abriß manövriert werden.

18) Statik-Bluff: Durchlöchert wie ein Schweizer Käse. Prof. Dr. Stefan Polonyi kritisiert den falschen Ansatz auch mit einem zweiten Argument: Es gibt zerstörungsfreie Methoden, mit denen man die

Stand-Festigkeit prüfen kann. Es gab und es gibt in Fülle und kostenmäßig adäquate Mittel, um vorhandene Schadhaflichkeiten aufzuspüren.

Aber man setzte gezielt eine zerstörende absurde Methode an: um mit einem durchlöcherten Gebäude, das wie ein Schweizer Käse aussieht, zu täuschen.

Mit der Statik wurden auf die primitivste Weise all die Leute geblufft, die man für ignorant einschätzte. Nichts, was bis heute vorgeführt wird, stimmt: Die Entmantelung von Pfeilern war unnützlich. Sie sollte den fachlich Unkundigen vormachen, daß keine Standfestigkeit vorliegt. Tatsache ist: Es handelt sich nur um eine Überdeckung der Eisen. Dabei spielt die Dicke keine Rolle. Daß die Armierung oft nur 1 cm tief überdeckt ist, war üblich und ist keine Gefahr, so lange sie überdeckt ist. Die Eisen im Eisen-Beton sind in Ordnung.

Selbst wenn man nun ein wenig Rost vorführt, ist dies nachweislich unerheblich. Weithin entstand er erst durch die Entmantelung. Aber selbst dies ist nicht gefährlich.

Es ist also eine gezielte Täuschung, was bis heute dem naiven Teil der Öffentlichkeit vorgemacht wurde und wird: der geringere Umfang der Ummantelung der Eisens sei ein Bau-Mangel und eine Gefährdung der Statik.

Das Gebäude hat 771 Pfeiler. Pro Pfeiler wurde eine neue Ummantelung vorgesehen – aber das ist völlig unnötig.

Der dritte Denk-Fehler im Bereich der Stand-Festigkeit: Die Statik wurde schematisch für das gesamte Gebäude gerechnet. Auch dies ist einem Bau-Denkmal unangemessen.

Nicht gerechtfertigt: die aberwitzige Fülle an Proben. Man konnte mit der Sache intelligent umgehen – und damit sehr viel Geld sparen.

Fazit: Der Investor ging vor mit den längst überholten Denkweisen der 1960er Jahre und ihrer zerstörenden Unbedenklichkeit. In jener Zeit war es immer derselbe Bluff – hier wurde er nach Jahrzehnten wiederholt. Bürgerinitiativen, Fachleute und eine andernorts nicht mehr naive Denkmalpflege legten ihn im Laufe von Jahrzehnten offen. Dies führte in den 1970er Jahren zur Wende in vielen solcherart vorprogrammierten Zerstörungs-Fällen.

Unfaßbar, daß dieses infame Spiel in den 1990er Jahren erneut gespielt wurde – und dies in nur tausend Metern Entfernung von der IBA!

19) Neubau-Normen für Brandschutz. Neben der Stand-Festigkeit wurde der Brandschutz ständig als Erpressungs-Mittel benutzt. Immerzu hieß es: Wenn dies und dies und dies nicht gemacht wird, geben wir keine Gewährleistung. Dies wurde nicht sachgerecht gehandhabt, denn auch dafür wurde eine Neubau-Vorstellung angesetzt. Dabei weiß man sehr gut, wie flexibel Brandschutz in historischen Gebäude gehandhabt werden kann.

Wenn eine Bauaufsicht überall unflexibel Neubau-Normen handhaben würde, käme sie in größte Probleme.

Aber offensichtlich wagte niemand zu widerspre-

chen, gab es vielleicht auch niemanden, der die für den Denkmalschutz notwendige Kenntnis besaß, oder er wurde nicht zugelassen.

Der kritische Leiter des Bauordnung-Amtes (Martin Boeckh), ein vorzüglicher Fachmann, wurde erst versetzt und dann herausgemobbt.

Und wo war die Denkmalpflege? Dazu mehr weiter unten.

20) Überhöhte Risiko-Absicherung. Der Investor setzte die Risiko-Absicherung viel zu hoch an – völlig unverhältnismäßig für ein Bau-Denkmal. Mit dieser Methode wäre kein Denkmal in der ganzen Republik erhaltungsfähig.

Aber warum diese Strategie? Die Absicht wird immer deutlicher: Mit einer solchen überhöhten Absicherung rechtfertigte der Investor sowohl die Neubau-Normen wie die hohen Kosten. Und steuerte auf ein ganz anderes Ziel.

21) Vortäuschung der Bau-Schäden. Das Gebäude war nur zum Bruchteil so schadhaft, wie es vom Investor herbeigeredet wurde – mit der letztendlichen Absicht, Kosten in astronomische Höhe zu treiben.

Der Investor stellte mit der Durchlöcherung des Gebäudes und Teil-Abrissen ein Vorstellungsbild her: Die Leute sollten vom Gebäude annehmen, daß es kaputt sei. Dann konnte man ihnen in einem zweiten Schritt den Abriß suggerieren. Und im dritten Schritt einen Neubau – das Bequemste und Einträglichste für einen Investor.

Das Bild des kaputten Gebäudes sollte naive Gemüter zu einem raschen Bauch-Urteil bringen. Viele Leute, denen es in dieser Weise vorgeführt wurde, fielen darauf herein.

Ein Flugblatt der SPD (März 2006) führt ein Foto vor, das lediglich das Aufbohren der Ummantelung der Eisen in einer Stütze zeigt – mit der bombastischen Bild-Unterschrift „Gravierende Bauschäden und Baumängel aus den Jahren 1927 und 1950.“ Tatsache: Was gezeigt wird, ist gar kein Bau-Schaden! Das Bild gigantischer Bau-Schäden diente also der Täuschung der Öffentlichkeit.

22) Verhindert: eine denkmalgerechte weiche Konzeption. Wo tatsächlich Bau-Schäden vorhanden sind, gibt es genügend Mittel, um sie mit einem vertretbaren Aufwand zu reparieren.

Bislang wurde auch jegliche alternative Untersuchung, die zu Vorschlägen führen kann, dadurch verhindert, daß das öffentliche Gebäude für die Öffentlichkeit kaum weniger gesperrt wurde wie einst der Kreml in Moskau.

Weil ein Bediensteter einen Architekten geführt hatte, der Einwände formulierte, wurde er versetzt. Das muß man doch nur tun, wenn es viel zu verbergen gibt!

Dabei hätte die SPD-Führung, weil sie damals in der Opposition war, den besten Grund, eine solche Arbeit wenigstens im Grundsatz zu ermöglichen.

Zweitens: Sie hätte damit geradezu Trümpfe in der Hand: gegen die Entschädigungs-Forderungen des Investors.

Kopf-Schütteln: daß sie bislang nicht zum Nutzen der Stadt, sondern zu ihrem Schaden verhandelt.

23) Überflüssige Arbeiten. Kaum jemals wurden an einem Bau-Denkmal in einem solchen Ausmaß überflüssige und oft ganz schädliche Arbeiten gemacht – kostentreibend.

Ein Flugblatt der SPD (März 2006): „Eine Billigsanierung ist unmöglich – der Rohbau wurde im Zuge der gescheiterten Sanierung völlig entkernt.“

Der Autor des Flugblattes hat sich nicht klar gemacht, was er hier zugab: die falsche Methode, Zerstörung, eine total überflüssige Entkernung – alles nach dem Prinzip, Kosten zu treiben.

Aber es ist unlogisch und in der Haltung absurd, daraus nun die Notwendigkeit des Abreißens abzuleiten. Alles ist immer noch reparierbar – und auch zu vertretbaren Kosten.

Wiederum wird die Informations-Sperre als Strategie eingesetzt, produktive Vorschläge zu verhindern.

24) Gutachten auf der falschen Schiene. Gutachten bringen dem Gutachter viel Geld. Sie sind ein Geschäft. Man möchte gern daran weiter partezipieren. Daher schreiben Gutachter in der Regel das hin, was der Auftraggeber haben möchte. Deshalb sind die meisten Gutachten pure Gefälligkeit. Sie ordnen sich in vorhandene Interessen ein – statt genau hinzuschauen und nötigenfalls unbequeme Wahrheiten zu sagen sowie Weichen-Stellungen zu verändern.

Es gibt in Fülle Beispiele der 1960er Jahre, wo durch Gefälligkeits-Gutachten halbe und ganze Städte zerstört wurden. Sie folgten immer derselben Vorgabe an Denk-Muster. Gutachten auf dieser Schiene fielen automatisch interessenabhängig aus.

Auch im Hans Sachs-Haus hatten die Gutachten stets die falschen Vorgaben – das heißt Denk-Fehler. Auf der falschen Schiene führten sie zu dem Ziel, wo man sie aus Gefälligkeit hinhaben wollte.

Beim Hans Sachs-Haus wurde ein teures Gutachten auf das nächste teure Gutachten gesetzt. Dafür wurde unfassbar viel Geld ausgegeben – viele Millionen Euro.

Wer auf dem falschen Weg doppelt schnell läuft, verdoppelt den Unsinn.

Das Ergebnis sind Akten-Berge, die nichts wert sind, weil sie wohl sämtlich auf der Schiene der aufgeführten Denk-Fehler laufen.

Dieses Spiel konnte man – gegen alle wirtschaftliche Logik – treiben, weil angesichts der fehlenden Kosten-Deckelung an nichts gespart werden mußte.

25) Propaganda-Legenden. Selten wurde so viel behauptet, ohne auch nur eine Spur von Nachweis vorzuzeigen. Dazu gehören eine Anzahl von propagandistischen Legenden-Bildungen.

Das Hans Sachs-Haus sei im Zweiten Weltkrieg stark zerstört worden. Unterschwellig wird suggeriert: Es hat keinen besonderen Wert.

In einer geradezu in der Fläche bombardierten Landschaft mußte überall viel wieder aufgebaut werden. Tatsache ist, daß das Hans Sachs-Haus in seiner Gestalt an den zerstörten Stellen sehr ordentlich rekonstruiert wurde. Der zerstörte Teil an der Ecke Munkelstraße/Ebertstraße wurde großartig restauriert (*Wilhelm Niemöller, Das Hans Sachs-Haus. In: Hartmut Hering/Michael Klaus (Hg.), Und das war unsere*

Geschichte. Gelsenkirchener Lesebuch. Oberhausen 3. Auflage 1987, 210/220 [zuerst 1950, später leicht gekürzt]. Darin: Kriegs-Schäden, Wiederaufbau, Nutzungs-Geschichte nach 1945.) auch dies kann als ein Beispiel gelten, das für eine solche Leistung denkmalpflegerische Aufmerksamkeit verdient.

Das Hans Sachs-Haus verlor also keineswegs seinen Wert.

Gesagt wurde: Das Hans Sachs-Haus habe viele bautechnische Mängel. Damit wurde suggeriert, es sei einsturzgefährdet. Tatsache ist: Dies wurde maßlos übertrieben.

Tatsache: Die meisten sogenannten Mängel waren nichts anderes als daß sie älteren Normen entsprachen. Es ist unredlich, diese als Fehler auszugeben.

Aber der Umgang damit steckte voller Denk-Fehler (siehe oben). Mit dem größten Teil der alten Normen kann man gut leben. In einem historischen Gebäude müssen sie respektiert werden. Andere lassen sich mit einem Bruchteil der vorgestellten Aufwendungen heilen.

Schon in der Bau-Zeit 1921 bis 1927 gab es kurzatmige Bösartigkeit: Zum Beispiel sprach jemand vom „Haus Pleite“. Ein solches Verdikt blendete die wahnwitzigen Schwierigkeiten dieser Zeit aus. Aber im Gegensatz zu Heute hatten die Protagonisten den Mut, die Probleme konstruktiv zu lösen. Wie die neuen Protagonisten ihre Probleme lösen wollten, wird weiter unten gezeigt: mit einem riesigen Skandal.

Schon im März 2003 hielt Heitkamp einen Propaganda-Vortrag, der auf den Bluff aufbaute. Die Bluff-Bilder sind erhalten. Wir veröffentlichen sie.

26) Vergleichs-Zahl. Schließlich widerlegt eine Vergleichs-Zahl aus der Nachbar-Stadt den Schwindel der Zahlen zum Hans Sachs-Haus.

Im Weltkultur-Erbe Zollverein in Essen wurde die Kohlenwäsche umgebaut. Dies war ein weitaus komplizierteres und komplexeres Unternehmen als das Hans Sachs-Haus. Dort wurde das Gebäude bei der Untersuchung nicht zum Schweizer Käse durchlöchert: man hat nicht alles aufgebohrt. Aus dem weitaus größeren gigantischen Bau wird ein Museum gemacht.

Die Kosten: 55 Millionen Euro.

Das Hans Sachs-Haus sollte 143 Millionen Euro kosten. Dies ist fast das Dreifache. Die Differenz heißt in deutschen Worten: Ausnehmen einer Komune.

Versteuert

Prof. Dr. Karl Ganser, der geniale Dirigent der IBA-Emischer Park, bringt die Denk-Fehler auf den Punkt – er sagte dem Autor: „Das Hans Sachs-Haus wurde versteuert.“

Das heißt: Es wurde prinzipiell falsch gesteuert.

Die Flughafen-Methode scheiterte am Bau-Denkmal.

Die Absicht und das Ergebnis der Versteuerung. Die Informations-Sperre der Stadt will die Tatbestände verbergen und jegliche Untersuchung unmöglich machen.

Aber das gelingt ihr nicht. Trotzdem entdeckt eine detektivische Arbeit von einer Anzahl Experten, was wirklich ablief.

Vielleicht war anfangs wirklich denkmalgerechte Sanierung gemeint – aber faktisch war von vornherein alles darauf angelegt, daß nicht dies programmiert wurde, sondern etwas ganz anderes dabei heraus kommen mußte. Die falsche Steuerung sollte nahe legen: daß es unmöglich sei, dieses Gebäude zu erhalten – es koste zuviel.

Note ungenügend für die Denkmalpflege – ein Waterloo

Was ist ein Denkmal? Das Gesetz definiert: ein Gebäude, an dessen Erhalt ein öffentliches Interesse besteht.

In der Stadt Gelsenkirchen ist das Bewußtsein dafür grotesk unterentwickelt. Dies wird bewiesen durch den Umgang mit der Denkmalpflege – zum Schaden der Stadt und der Region.

Die Untere Denkmalbehörde. In Gelsenkirche wurde die untere Denkmalbehörde im Personal-Bestand so zusammengeschrumpft, daß dabei als Resultat herauskam: Auf diese Weise verhinderte die Stadt praktisch weithin die Denkmalpflege.

Als trotzdem ein Denkmalpfleger effizient sein wollte, wurde er gemobbt – zur Frühpension. Dann setzte die Stadt einen Nachfolger ein, der keine Kompetenz hatte – und auch keinen Spaß an der Denkmalpflege. Er hielt sich so viel wie möglich vom Hals.

Lange Zeit hatte Gelsenkirchen, eine Stadt mit rund 280.000 Einwohnern, einen einzigen Denkmalpfleger und eine halbe Schreibkraft.

Die Verwaltung gab vor, Gelsenkirchen habe keinen nennenswerten Denkmäler-Bestand – eine Legende, den die hausgemachte Ignoranz hervorbrachte und der der Kontinuität dieser Ignoranz diene.

Die Denkmalpflege Gelsenkirchens wurde gezielt auch fachlich ausgehöhlt. Es gab keinen Kunsthistoriker.

Hinzu kam das Problem, daß die untere Denkmalbehörde – entgegen dem Sinn der Denkmalpflege und des Gesetzes – sich hochgradig unter Anweisungs-Druck gestellt fühlte. Es gab diesen Druck – aber es gab zugleich Weichlichkeit ohne Ende. Dies ist eine für die Denkmalpflege höllische Kombination. In der Denkmalpflege wird Rückgrat gefordert – sonst löst sie sich selbst auf.

Neuerdings wechselte die Besetzung. Und die Denkmalpflege erhielt einen weiteren halben (!) Denkmalpfleger und eine weitere halbe Schreibkraft.

Aber immer noch fehlt ein Kunsthistoriker.

Und die Personal-Decke ist so dünn, daß von einer wirksamen Arbeit selbst bei bester Absicht von Personen kaum gesprochen werden kann. Zum Vergleich: Duisburg hat 14 Personen.

In der Bau-Zeit des Hans Sachs-Hauses funktionierte die Untere Denkmalbehörde überhaupt nicht.

Sie funktionierte aber auch nicht im Westfälischen Amt für Denkmalpflege. Dort wurden ebenso gravie-

rende Fehler gemacht – mit einem Mangel an Analyse und einer Naivität ohnegleichen.

Mangel an Untersuchung. Vor jedem eingreifenden Bau-Vorgang ist es fachlich üblich, daß untersucht wird:

- Die Bedeutung des Gebäudes im städtischen und regionalen Kontext.
- Die städtebaulichen Bezüge. Vor allem, wenn ein Bau-Denkmal an exponierter Stelle steht.
- Hier geht es auch noch um den Zusammenhang mit einer zweiten Bau-Ikone: dem Theater (1956 von Werner Ruhnau), dem bedeutendsten Nachkriegs-Bau im Ruhrgebiet.
- Die städtebauliche Option: zwischen ihnen einen bedeutenden Platz zu schaffen. (Sie wurde aus Blindheit nie genutzt.)
- Die Bau-Geschichte des Gebäudes.

Nichts dergleichen ist geschehen – ein gravierendes Versäumnis der unteren wie der oberen Denkmalpflege. Sie hätten dies anregen und darauf bestehen müssen.

Nicht einmal eine Bau-Dokumentation wurde angelegt, wie es vor Eingriffen und Abrissen aus fachlichen Gründen erforderlich ist.

Denkmalpflege kann nicht heißen: Durchwinken, wenn es eng wird.

Keine Untersuchung. Bei den Machern am Bau fehlte jedwede Voraussetzung im Umgang mit einem Denkmal: Sie wußten nichts, was sie in irgendeiner Weise zur Denkmalpflege befähigte.

Das war bereits blamabel. Aber noch schlimmer: Sie machten sich auch nicht kundig.

Dies versteht nur, wer durchschaut, daß sie am ›Ziel Denkmal-Sanierung‹ überhaupt nicht interessiert waren.

Die Denkmalpflege, die es tun mußte, trat nicht als Mahnerin auf: Sie mußte klar sagen, was denkmalgerecht ist – und was nicht.

Aber mit mangelnder Kompetenz kann man den Vorgang nicht durchschauen.

Später kommen die üblichen Ausreden: Man habe ja wenig Einfluß und Macht. Aber das sind Schutz-Behauptungen.

Wenn man ein solches Gebäude behandelt, macht man sich nach den guten Sitten und nach aller Fachlichkeit erst einmal kundig. Man spricht mit kundigen Menschen. Zum Umgang mit einem solchen Gebäude gehört auch Forschung. Man lernt. Vor allem hätte man nachsehen müssen: Was ist der demokratische Aufbruch, für den dieses Gebäude steht?

Denkmalrechtliche Erlaubnis? – wie sieht sie aus?

Fragen über Fragen:

- Was wurde abgesprochen? Wenn eine Planung korrekt sein soll, muß zwingend ein denkmalrechtliches Erlaubnisverfahren nach § 9 DenkmalSchutzGesetz zugrunde gelegen werden. Waren dies mehr als drei Zeilen – zum Durchwinken? Dies wäre ungesetzlich.
- Wie wurde die Benehmensherstellung zwischen Stadt und Landeskonservator zur gewählten Vorgehens-Weise formuliert?

– Welche Auflagen machte das Westfälische Amt für Denkmalpflege? Bei der Bedeutung des Objektes und dem Umfang der vorgesehenen Maßnahmen mußten sie erheblich und qualifiziert sein.

– Waren Bestands-Analysen gefordert worden – vor dem Beginn weiterreichender Maßnahmen?

– Wurden regelmäßige Besprechungs-Runden zur Auflage gemacht?

– Falls das Westfälische Amt Anregungen und Anforderungen formulierte, wurden sie von der Stadt und vom Investor angenommen? Wurden sie durchgeführt?

Resumee: Es besteht der Verdacht, daß hier in einer dilettantischen Weise gearbeitet wurde – und dies heißt: Es wurde gravierend gegen das Gesetz verstoßen.

Einbeziehung. Weitere Fragen:

– Wurde das Westfälische Amt für Denkmalpflege bei den Verträgen mit dem Investor beteiligt?

– Der Vertrag wird geheim gehalten – warum? Offensichtlich kommt darin keine Denkmalpflege vor. Dagegen hätte das Denkmalamt zumindest protestieren müssen.

– Das Denkmalschutz-Gesetz von Nordrhein-Westfalen ist auf die Verantwortung der Gemeinden orientiert.

Wenn nun eine Gemeinde bei einem eigenen Baudenkmal Rechte an einen Dritten abgibt, muß darüber ein Benehmen mit dem Westfälischen Amt gesucht werden.

– Ist dies erfolgt? In welcher Form?

– Wie hat das Westfälische Amt darauf reagiert? Gibt es einen Vermerk an die Amts-Spitze?

– Wurde das Ministerium beteiligt?

– Gab es dazu Dienst-Besprechungen?

Zwischen-Warnungen. Warnte das Westfälische Amt im Verfahren vor Fehlentwicklung?

Bald nach Beginn der Arbeiten stellte der Investor in großer Fülle und Folge Nachtrags-Forderungen. Wer das Bauwesen kennt, mußte gewarnt sein.

Ein ehemaliger Direktor eines solchen Unternehmens erklärte dem Autor das branchenübliche Verfahren – im Grundsatz läuft es auf Betrug heraus: Man gewinnt den Zuschlag, indem man ein niedriges Angebot macht. Dann stellt man Nachforderungen. Meist sind sie erfolgreich, weil man den Auftraggeber bereits in eine Art Sach-Zwang manövriert hat: Er meint, da könne er nicht mehr herauskommen. Mit solchen Nachforderungen werden dann die Gewinne gemacht, die man machen möchte.

Dies ist ein Teil der Erklärung, warum die Kosten explodierten.

Solche Nachforderungen hießen im Hans Sachs-Haus oft: Mehr in den Bau eingreifen als hier notwendig war.

Ist bei diesen Nachforderungen weitere Male das gesetzlich geforderte Benehmen mit dem Westfälischen Amt erfolgt?

In einem korrekten Prozeß hätte es mehrere Stationen gegeben, in denen das Westfälische Amt war-

nend Stellung nehmen mußte: Standards eines denkmalgerechten Umgangs anzumahnen.

Einblick und Absprachen. Die Denkmalpflege hatte eine gewisse Einsicht: Sie durfte die Bau-Stelle betreten.

Mit ihr mußten Absprachen gemacht werden.

Aber offensichtlich war vor allem der Landeskonservator naiv oder oberflächlich oder inkompetent – sonst hätte er durchschaut, daß hier keine Denkmal-Sanierung stattfindet sondern etwas ganz anderes.

Gesetzes-Verstoß: Der zerstörte Farbweg.

Im Inneren des Gebäudes wurde das Treppen-Haus mit dem Farb-Weg von Max Burchartz abgerissen – unter dem Vorwand der Risiko-Ermittlung. Dies rechtfertigte keineswegs die Zerstörung dessen, was zu erhalten Vertrags-Pflicht war.

Wenn man über ein solches ›Risiko-Screening‹ nachdenkt, dann erweist hier die Untersuchungs-Methode des Investors den Gipfel des Absurden: ein Risiko soll ermittelt werden – dabei beseitigt man das Objekt. Das ist etwa so, wie wenn ein Arzt zu einem Menschen sagt: Sie sind ein Risiko-Patient – und er bringt ihn um, um sein Risiko zu beseitigen.

In einer Führung behauptete das Bau-Personal auf Nachfrage des Verfassers, der Farbweg sei kein Denkmal gewesen, sondern eine Rekonstruktion.

Tatsachen:

- Das gesamte Gebäude ist ein Denkmal. Der Farb-Weg wurde anhand von Befunden rekonstruiert – er war eindeutig ein Denkmal.
- Aber selbst als Rekonstruktion durfte man damit nichtzerstörend umgehen, denn auch Rekonstruktionen gehören zum Denkmal-Bestand.
- Der Farb-Weg ist einzigartig, nicht nur in der Stadt, auch in der Region und in Deutschland. Sein Autor, Max Burchartz, hatte am Bauhaus studiert und wurde dann von Alfred Fischer als Dozent an die Folkwang-Schule geholt. Er zählt zu den bedeutendsten deutschen Grafikern der Moderne der 1920er Jahre. Übrigens gestaltete Max Burchartz auch die Festschrift zur Einweihung – ein meister-Werk.
- Der Abriß des Farb-Weges geschah in einer Nacht-und-Nebel-Aktion – ohne denkmalrechtliches Verfahren. Dies heißt: der Abriß war ein gravierender Rechts-Bruch.

Die Reaktion der Denkmalpflege – bis heute: Augen schließen und still sein.

Die Erhaltung des Farb-Weges gehörte zur Zielsetzung der denkmalgerechten Sanierung – seine barbarische Vernichtung zeigt, daß sich der Investor für dieses Ziel nicht interessierte und – den Vertrag brechend – sich ein ganz anderes Ziel gesetzt hatte, das er mit einer Rücksichtslosigkeit verfolgte, die auch hier über die Leiche eines Denkmals ging.

Unöffentlichkeit. Das öffentliche Gebäude wurde auf Antrag der Verwaltung vom Stadt-Parlament in einer durch und durch unöffentlichen Sitzung – ohne Information, Diskussion und Zulassung der Öffentlichkeit sowie ohne öffentliche Diskussion – binnen 10 Minuten zum Tode verurteilt.

Die Öffentlichkeit erfuhr auch nicht, ob es ein Verfahren gibt, das Bau-Denkmal zu entwidmen.

Ablehnung der Minister-Anrufung. Landeskonservator Prof. Dr. Eberhard Grunsky hatte als letzte Amts-Handlung vor seiner Pension zu überlegen, ob er den Minister als Landesherr über den Denkmalschutz anruft. Aber er lehnte die Minister-Anrufung ab – für die Fachwelt völlig unverständlich.

Er schloß sich den Behauptungen der Stadt an, die Erhaltung des Gebäudes sei nicht zumutbar.

Bei seiner Stellungnahme berief er sich auf die Baden-Württembergische Rechtsprechung – ein fataler Fehler. In Baden-Württemberg wurde die Denkmalpflege bereits seit einiger Zeit in skandalösen Weise ausgehebelt:

- 1) Wenn eine denkmalpflegerische Maßnahme auch nur einen Euro mehr kostet, gibt sie als unzumutbar. Dies ist eine eindimensionale rein auf Ökonomik ausgerichtete These. Danach dürfte es keinen Kölner Dom, Wiesenkirche in Soest und eigentlich nichts mehr an Bau-Denkmal geben.
- 2) Es wird nicht überprüft, ob dies eine pure Behauptung ist oder eine Tatsache.
- 3) Es wird auch nicht nach anderen Vorschlägen zur Erhaltung gefragt.

Auch Landeskonservator Prof. Grunsky lehnte es ab, die Behauptungen zu den Kosten zu überprüfen. Er sagte dem Verfasser: Dazu bin ich nicht in der Lage.

Mag sein, aber dann müßte er einen fähigen Gutachter zu Hilfe holen.

Dazu antwortete er dem Verfasser: Es gibt so viele Gutachten.

In der Tat – aber alle waren interessen-orientiert und liefen auf einer Schiene, die mit dem Sanierungs-Ziel Denkmalpflege nicht das geringste zu tun hatten.

Wenn sich eine solche sachlich unmethodische Umgangs-Weise mit Bau-Denkmalern durchsetzt, kann man sich mit ihr jedweden Denkmals entledigen. Dann ist Denkmalpflege nur noch Glücksache, aber kein Rechts-Verhältnis.

Das Grunsky-Schreiben. In einem Schreiben an die Stadt (22. Dezember 2005) versuchte Landeskonservator Prof. Dr. Eberhard Grunsky seine Haltung zu erklären.

Dieses Schreiben ist sehr aufschlußreich. Einerseits ist es eine massive Kritik, andererseits zeigt es, wie mutlos und windig sich das Amt aus der Sache zurückzog.

- 1) Grunsky stellt zunächst in Frage, „ob die Schadensersatzforderung der Grundstücksverwaltungsgesellschaft XERIS in Höhe von 11.024.452 Euro tatsächlich in den Sanierungsaufwand eingerechnet werden kann. Zweifel habe ich deshalb, weil diese Kosten, wenn sie denn für die Stadt Gelsenkirchen anfallen, doch wohl auch dann zu bezahlen sind, wenn das Hans-Sachs-Haus nicht saniert, sondern abgebrochen wird.“
- 2) „Weiterhin stellt sich die Frage, ob als Ertrag bzw. Gebrauchswert statt des in der Wirtschaftlichkeitsberechnung angenommenen Betrages von 1.114.026 E pro Jahr nicht die in dem Vertrag vom

Dezember 2002 vereinbarte Mietzahlung von 3,6 Mio. E angesetzt werden muß.“

Er hält die Kostenermittlung aufgrund der Wirtschaftlichkeits-Berechnung der AGE HSH (d.h. XERIS) nicht für zwingend.

„Bei der Verwendung der Kostenberechnung von Assmann Beraten und Planen GmbH ändert sich das Resultat weiter.“

Ein weiteres Mal ändert sich die Rechnung mit der „Lösungsvariante ›Teilabriss und Erhaltung der Fassaden‹“ auf der Grundlage von Assmann.

Kommentar: Diese Hinweise müßten nun eigentlich Bewegung in die Sache bringen. Wir dürfen statt pauschaler Bauchredneri der Stadt Details und Methoden-Diskussion einfordern.

Landeskonservator Prof. Grunsky stellt diesen Rechnungen die „entsprechende Rechnung für einen Neubau gegenüber.“ Aber: Grunskys Diskussion hat einen gravierenden Mangel: Er übersieht die Denk-Fehler, die zu den vorgelegten Summen geführt haben. Er setzt sich mit ihnen nicht im mindesten auseinander. So bleibt seine Argumentation schlicht in der Ebene, die man einfältig nennen darf.

Daran war sein eigenes Amt nicht wenig beteiligt, denn es hat mit einer Naivität, über die man den Kopf schütteln muß, diese Denk-Fehler zugelassen.

3) Grunsky gibt dann sogar den entscheidenden Fehler offen zu, bagatellisiert ihn allerdings mit dem Stichwort „Im übrigen ... „ und öffnet dann dem Gegenüber mit der ihm eigenen Weichheit nachgiebig Optionen, die man als Denkmalpflege mit Anspruch auf Effizienz nicht anbieten darf.

Text Grunsky: „Im übrigen hätte ich eine Untersuchung, die nicht nur von Vorgaben aus der Sicht der Materialprüfung und des Baumanagements bestimmt war, sondern Erfahrungen im Umgang mit konstruktiven Problemen an Baudenkmalern der frühen Moderne stärker einbezieht, nicht nur für wünschenswert, sondern auch für sachgerechter [!! !] gehalten.“

Dann fügt er, allerdings wieder mit der eigenen Mutlosigkeit hinzu: „Ich bin überzeugt davon, auch wenn sich dafür natürlich ex post nicht der Beweis führen läßt, dass sich bei einer Beteiligung von denkmalerfahrenen Architekten und Ingenieuren [!! !] mit wesentlich geringeren Kosten und gewiss auch mit geringerem Zeitaufwand ein Sanierungskonzept oder aber der Nachweis der Sanierungsunfähigkeit [!! !] hätte erarbeiten lassen.“

Diese Einsicht mußte am Anfang stehen – und durchgesetzt werden. Aber: entweder gab es sie damals noch nicht (ein unverzeihlicher Fehler) oder sie wurde dem Kleinmut und dem Opportunismus geopfert (ein ebenso unverzeihlicher Fehler).

Was ist das für eine Denkmalpflege, die derart mit sich umgehen läßt und mit sich selbst umgeht!

Ihre geschwächte Lage, auf die sie sich immer beruft, ist keine Rechtfertigung. Es gibt Denkmalpfleger, die auch vor Königs-Thronen intelligent an der Sache bleiben und ihre Würde bewahren – mit dem aufrechten Gang. Man kann verlieren – aber nicht in dieser Weise.

4) Am Schluß spricht Grunsky von „einer zwingend notwendigen Dokumentation“.

Aber: es mußte doch schon am Anfang dokumentiert werden! Und weiterhin im Prozeß!

5) Am Schluß räumt Grunsky ein, daß „der Abbruch des Hans-Sachs-Hauses der schwerste Denkmalverlust der letzten Jahrzehnte im Zuständigkeitsbereich unseres Amtes ist.“

Auch dies zeigt, wie bedeutend das Hans Sachs-Haus ist.

Andere Kriterien für Zumutbarkeit. Denkmalpfleger Dr. Lutz Heidemann: „Auf jeden Fall scheint mir die Argumentation des Amtes allein auf wirtschaftliche Zumutbarkeit nicht richtig zu sein.“

Es geht auch aus den [vom Mannheimer Gericht] angeführten Urteilen nicht hervor, ob es sich bei diesen Beispielen um kommunale Eigentümer handelte. Die Zumutbarkeits-Rechtssprechung bezieht sich auf privates Eigentum und hat ihr juristisches Fundament in Artikel 14 des Grundgesetzes. Doch diese Bestimmung bezieht sich nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes nicht auf die Gemeinden.

Daß für sie die Zumutbarkeitsschwelle nicht greift, geht ja nach Denkmalschutz-Gesetz Nordrhein-Westfalen gerade daraus hervor, daß der Private im Fall einer Unzumutbarkeit einen Übernahmeanspruch gegen die Gemeinde hat, der das Gesetz damit grundsätzlich zumutet, auch „unzumutbare“ Objekte zu haben und zu halten.“

Das juristische Desaster. Ein Klage-Recht haben nur die, die die Justiz für unmittelbar betroffen hält. Das sind die Interessenten – aber diese haben keine Lust, gegen sich selbst zu klagen.

Und wir? Die Öffentlichkeit? Sind wir nicht unmittelbar betroffen vom drohenden Abriß der Ikone?

Da stimmt doch etwas nicht.

Reduktives oder komplexes Denken. Grunskys Argumentations-Weise ist ein Beispiel für schwachen Denkmal-Schutz: verheerend, weil sie völlig phantasie-los weitere Argumente ausblendet.

Sie unterstellt auch der Justiz, daß diese für nichts weiter empfänglich ist als für eine kurzatmige ökonomistischen Betrachtung. Daß sie sich nicht die geringste Mühe mit Quer-Denken und weiteren Dimensionen sowie Alternativen macht.

Das mag ja in manchen Urteilen so sein, aber auch die Rechtsprechung entwickelt sich – in der Regel aber nur dann, wenn man ihr Probleme intensiv vor Augen führt. Es gibt diese Rechts-Geschichte. Übrigens: das Urteil eines Gerichtes verpflichtet kein zweites Gericht.

Ein fortschrittlicher Denkmal-Schutz lebte seit den 1970er Jahren von komplexen Denk-Weisen und vom Mut, mit Weltmeistern auf diesem Feld wie Helmut Bönninghausen und Karl Ganser. Dies geschah zum größten Nutzen des Landes Nordrhein-Westfalens und seiner Städte. Dies mußte Grunsky kennen – sich entsprechend verhalten.

Förderung. Lutz Heidemann: „Hier kommt m.E. ein weiterer grundsätzlicher „Fehler“ ins Spiel: Wenn

die Gemeinde argumentiert, ihr wären die Kosten für eine Denkmal-Erhaltung zu hoch, müßte sie doch wenigstens den Weg der öffentlichen Förderung versucht haben, was nach meinem Wissen hier nicht geschehen ist.“

Aus dem Inneren der Höhle des Löwen wissen wir, daß dies alles nicht einmal mit halbem Herzen verfolgt wurde – auch dies ist ein Indiz dafür, daß der Prozeß auf Neubau herauslaufen sollte.

Alternative Untersuchungen. Ein weiterer eklatanter Denk-Fehler: Grunsky hätte beanspruchen müssen, daß es Untersuchungen dazu geben muß, ob das Bau-Denkmal wiederherstellbar ist oder nicht.

Und noch eine Unkorrektheit. Grunsky hätte sich weigern müssen, in die rechtliche Unklarheit hinein ein Urteil abzugeben. Denn die Stadt ist zwar Eigentümerin des Bau-Denkmal (ist sie das? siehe oben), hat es aber nicht in der Hand – so lange der Vertrags-Ausstieg nicht rechtlich verarbeitet ist.

Erst nach Klärung der Eigentums-Verhältnisse dürfte Grunsky tätig werden.

Lutz Heidemann: „Es wird auch nicht deutlich, ob der Abbruchantrag der Stadt Gelsenkirchen im Namen und in Abstimmung mit der Xeris oder gegen die aktuelle „Besitzerin“ gestellt wurde. M. E. hätte das Amt prinzipiell nur denkmalbezogen argumentieren dürfen, d. h. die Zustimmung zum Abbruch nur geben dürfen, wenn die Nicht-Wiederherstellbarkeit zu vertretbaren Kosten nachgewiesen worden wäre.“

Resümee: Die Schwäche der Denkmalpflege besteht neben Unengagiertheit und Mutlosigkeit auch darin, daß sie Denk-Fehler nicht durchschaut und mit ihrer Art eines wenig intelligenten Pragmatismus Prozesse nicht auf andere Wege zu bringen vermag. So verliert man entscheidende Spiele.

Mit Denkmalpflege hat hier die Denkmalpflege erkennbar nichts zu tun. Am Hans Sachs-Haus erlebte die Denkmalpflege ihr Waterloo: In dieser Auseinandersetzung machte sie eine geradezu schäbige Figur.

Dies sagt ein Autor, der aus der Denkmalpflege kommt und sie mit heißem Herzen als fundamentales Feld der Stadt-Entwicklung durchdenkt und vertritt.

Die Sache ist ein Skandal in doppelter Hinsicht:

- In der unglaublich naiven Programmierung durch das Westfälische Amt für Denkmalpflege mit seinen konkreten Zuständigen.
- Darin, wie sich Landeskonservator Grunsky aus der Affaire stiehlt – und seine letzte Eingriffs- bzw. Lenkungs-Chance ausläßt.

Er könnte dazu beitragen, daß es Verhandlungen über den Fall gibt.

Der Minister für Denkmal-Schutz. Wer nun nach dem obersten Denkmalschützer des Landes, nach dem Minister, hier Oliver Wittke, fragt, gerät vollends auf kafkaeskes Terrain: Da wurde der Bock zum Gärtner gemacht.

Wittkes Image ist nachhaltig dahin, wenn die Sache endgültig schief geht. Denn es ist ein bis heute einzigartiger Fall, daß ein Minister oberster Denkmal-Schützer ist, der in einen solchen Skandal einer Denkmal-Vernichtung verwickelt ist.

Er mag ja anfangs eine gute Absicht gehabt haben – aber er hat falsch gemacht, was immer man falsch machen konnte. Dies wäre einzusehen.

Jetzt kann er noch das richtig machen, was noch richtig zu machen ist – mit der Chance, vom Saulus zum Paulus zu werden – was ein Christdemokrat verstehen müßte.

Wie sieht Anstand aus? – Sich nicht schweigend wie ein zehnjähriger Junge aus einer Sache stehlen, die man verbockt hat, sondern mithelfen, sie wieder in Ordnung zu bringen.

Dazu könnte der Minister zunächst ein Moderations-Verfahren einsetzen und finanzieren. Und immer noch gibt es – zwar grotesk abwachsend – öffentliches Geld für Denkmal-Schutz.

Präsentation von Zahlen – aber kein Nachdenken

Extreme Gewinne. Dem Verfasser wurde von kompetenter Seite, aus dem Inneren eines Investors, geschildert, wie ein solcher Investor rechnet.

Aber selbst dieser einst Leitende konnte sich die Kosten-Höhe nicht erklären – sie sei weit über die Kosten-Treiberei hinaus jenseits der üblichen Gewinn-Vorstellungen.

Hier waren also extreme Gewinn-Interessen am Werk.

Es liegt auch nahe anzunehmen, daß die Kosten-Höhe hochmanipuliert wurde, um die Stadt zur Aufgabe der Denkmal-Sanierung zu bewegen und stattdessen einen bequemen und banalen Neubau verkaufen zu können.

Neuer Denk-Fehler: die falsche Schiene der Kosten-Kontrolle. Die Stadt gibt an, sie habe nach der Kommunal-Wahl die Kosten für das Hans Sachs-Haus von einem neuen Bau-Kontrolleur, dem Büro Assmann in Dortmund, genau untersuchen lassen.

Aber: das Kosten-Denken von Schüßler und auch von Assmann beruhen auf dem gleichen Denk-Ansatz. Dieser ist methodisch falsch.

Assmann hat die vielen Denk-Fehler überhaupt nicht durchschaut, nimmt die vorgegebene Methode als einzig richtige an, verkennt die selbst verursachten Schäden – und kommt damit zu einem Ergebnis, das völlig unbrauchbar ist.

Von „wirklichen Kosten“, die „endlich zuverlässig ermittelt“ seien, wie es ein SPD-Flugblatt im März 2006 behauptet, kann keine Rede sein.

Notwendig: Wir brauchen eine kritische Untersuchung, die unterschiedliche Methoden nebeneinander stellt und Alternativen miteinander vergleicht.

Daher kann man einen Kosten-Vergleich nur machen, wenn das Gegenbeispiel auf einer anderen Denk-Weise basiert: nämlich auf denkmalgerechter Sanierung. Dies ist ein völlig anderer Ansatz.

So lange die Alternativen nicht kompetent diskutiert werden können, sind alle Aussagen über Kosten irrelevant oder Bluff-Taktik.

Note mangelhaft: für eine naive Kommunalaufsicht

Mit im Sumpf des „Hans Sachs-Haus-Gate“, wie es Bürgerinitiativen nennen, sitzt auch die Bezirksregierung in Münster. Ihre Kontrolle versagte. Als Kommunalaufsicht hätte sie von vornherein die Belastbarkeits-Grenze einer Stadt in Haushaltsnotlage thematisieren müssen.

Da die Sanierung als Großprojekt keineswegs zwingend war, hätte sie eine Sanierung dieser Größen-Ordnung nicht zulassen dürfen.

Sie durfte auch nicht hinnehmen, daß der Vertrag mit dem Investor ungedeckt ausfiel.

Jetzt versagt sie erneut.

Die Bezirksregierung darf den Abriß-Beschluß des Rates nicht hinnehmen, bevor nicht eine Menge geklärt ist.

Sie müßte der Stadt aufgeben, mehrere alternative Planungen vorzulegen.

– Wie stellt sich das Projekt dar, wenn die jüngeren Teile abgerissen werden? Was wird an Kosten-Einsparung gewonnen?

– Dies hätte auch den Vorteil, daß der bedeutende Altbau besser in Erscheinung gesetzt wird.

– Welche Möglichkeiten einer Mischnutzung wie in den 20er Jahren gibt es und wie sehen damit Kosten-Entlastungen für die Kommune aus?

Fazit: Der Fall ist auch für die Bezirksregierung ein Desaster. Er zeigt, daß die Kommunalaufsicht in einer so wichtigen Sache überhaupt nicht funktionierte. Und daß sie nicht in der Lage ist, den Prozeß auf ein vernünftiges Gleis zu steuern.

Dies sammelt glühende Kohlen für die Frage, ob Bezirksregierungen überhaupt einen Sinn haben. Auch dieser Fall läßt den Eindruck entstehen: wenn man sie braucht, funktionieren sie nicht.

Kündigung und eigentümliche Verhandlungen

Oberbürgermeister Oliver Wittke (CDU) wurde nicht wieder gewählt – auch aufgrund des Desasters des Hans Sachs-Hauses.

Gewählt wurde Frank Baranowski (SPD).

Abgelöst wurde der Kämmerer Rainer Kampmann (CDU).

Ähnlich wie Wittke, der nach kurzem Aufenthalt in Diensten der RAG zum einschlägigen Minister aufstieg, machte auch Kampmann Karriere: Er wurde Finanz-Chef des Westdeutschen Rundfunks.

Darüber mag man nachdenken.

Ein neuer Problem-Löser? Zunächst gab es die Hoffnung, daß der neue Oberbürgermeister, Frank Baranowski, in der höchst verfahren erscheinenden Lage die Rolle des Problemlösers übernehmen würde.

Hoffnungen!

Die Kündigung des Vertrages. Als für das Hans Sachs-Haus die Kosten in der astronomischen Höhe von 142 Millionen Euro angegeben wurden, kündigte die Stadt den Vertrag mit dem Investor.

Zweifel. War die Kündigung mutig? Es scheint so.

Aber wenn man versucht, sich in dem Sumpf, der dann entstand, zu orientieren, kommen Zweifel. Vielleicht hatte der Investor darauf hingearbeitet, durch eine Ruine und hochgetriebene Zahlen die Kündigung provoziert – als ein Schritt zum veränderten Ziel: zu Abriß und Neubau.

Schweigen – das alles fordert heraus, das Puzzle mit Beweis-Stücken und Indizien zusammen zu setzen.

Die Stadt verhandelt mit dem Investor. Der Investor will sich den Ausstieg der Stadt aus dem Vertrag teuer bezahlen lassen. Dazu gibt es Verhandlungen.

Aber hohe Zweifel an ihrer Strategie. Dazu mehr weiter unten.

Das Schweigen der Mächtigen und das Schweigen der Lämmer

Die Lautlosigkeit. Was verhandeln Investor, Stadt und die Anwälte? Kein Laut dringt durch die Türen der Verhandlungs-Zimmer.

Das verordnete Schweigen. Der Oberbürgermeister und seine Mannen geben die Losung aus: Durch keinerlei Reden und Diskussion die Verhandlungen gefährden – es könnte zum Schaden der Stadt sein.

Man kann rätseln, wie so etwas schaden könnte – bislang ist niemandem dazu etwas Verständliches eingefallen. Es gibt keinerlei Begründung, die auch nur einem Hauch an Intelligenz standhält.

Also wird das Schweigen wohl andere Gründe haben.

Man kann sie nur vermuten.

Aber in diesem Spiel gibt es dann eine Pseudorationalität, die auch diesem Report das Leben schwer macht: Können Sie das beweisen?

So fragt jeder Täter und versucht damit den Nachforschenden auszuhebeln. Aber so einfach geht es hier nicht.

Die Maul-Körbe. Die Männer und Frauen der Mehrheitsparteien erhalten striktes Verbot, über irgendetwas an der Sache zu reden.

Die Gruppendynamik der Fraktions-Disziplin funktioniert wie in alten Beton-Zeiten: die Lämmer schweigen.

Die Rats-Minderheiten und viele Bürger versuchen, eine Diskussion zustande zu bringen – und werden dafür beschimpft.

Nachfragen sind unerwünscht. Nichts wird beantwortet – immer wieder mit dem ganz und gar neben der Sachen liegenden kryptischen Vorwand: Es stört die Verhandlungen mit dem Investor und ist zum Schaden der Stadt.

Keine Information als Politik-Verhinderung. Es heißt, die Juristen der Bonner Kanzlei Redeker/Dahs hätten zu dieser Verhandlungs- und Prozeß-Strategie des Schweigens geraten.

Es ist fraglich, ob dies wirklich der Fall ist – viel mehr spricht für etwas anderes – es kommt zumindest der Politik sehr willkommen: daß das Schweigen eine Strategie ist, sich in diesem hochnotpeinlichen Fall die Po-

litik, weitere Beschlüsse und deren Durchsetzung so bequem zu machen wie es eben geht. So stellt die Politik es sich als Illusion vor.

Zugang zu den Akten. Rats-Mitglied Monika Gärtner-Engel fordert Zugang zu den Akten. Ablehnung. Sie muß den Weg über eine Klage gehen. Der Richter gibt dem Ansinnen statt.

Aber die Stadt unterläuft den Klage-Erfolg: dieses Rats-Mitglied bekommt nur Einsicht, wenn es nicht mehr als Papier und Bleistift mitbringt. Die Verwaltung minimalisiert die Arbeits-Möglichkeiten. Dadurch macht sie die Arbeit mit der Einsicht praktisch unmöglich.

Simpelste Problem-Lösung: Totschlag

Dann serviert der Problem-Löser etwas, was er für eine Problem-Lösung hält.

Er läßt das Stadt-Parlament beschließen: Wir lösen das Problem durch Totschlag.

Das sagt er natürlich nicht so – in der Erwartung, daß die Leute nicht genau merken, was geschehen soll.

Abriß des Hans Sachs-Hauses. Also: Zerstörung. Hinrichtung. Tod. Das ist Problem-Lösung durch Totschlag.

Diese Wortwahl wird natürlich bestritten: Die von oben geforderte sogenannte political correctness läuft darauf hinaus, dem anderen das wahrheitsgemäße Benennen des Sachverhaltes zu bestreiten. Sie besteht auf der Sprach-Hoheit: die Sache so zu benennen, daß der tatsächliche Sachverhalt in seiner existentiellen Dimension nicht erscheint.

In wirklichkeitsnaher Sprache heißt das Urteil: Hinrichtung – denn das Gebäude ist die Seele der Stadt.

Wie im Krieg und in unseligen Zeiten wollen sich Mächtige ein Problem vom Halse schaffen auf die simpelste Weise, wie sie glauben: durch Vernichten des Objektes.

Die Folgen. Aber wenn der Oberbürgermeister das Hans Sachs-Haus wirklich hinrichtet (noch ist die Hinrichtung nicht ausgeführt), hat er das Problem nicht gelöst, sondern gleich mehrere weitere Probleme: Dann gibt es Täter. Und es gibt Opfer. Daraus geht ein riesiger Skandal hervor. Und es gibt den nachhaltigen Pranger der Geschichte – sie ist sehr nachtragend, gewiß hundert Jahre. Die Untat verfolgt die Täter so lange, wie es eine Geschichte von Gelsenkirchen gibt.

Demokratie in 10 Minuten. Die Stadt verpanzert ihre außerordentlich geringe Fähigkeit, mit der Sache vernünftig umzugehen: sowohl mit einer Informations-Sperre wie mit einer Diskussions-Sperre – auch für den kurzen Prozeß, in dem das Todes-Urteil für das Hans Sachs-Haus beschlossen wird.

Höhepunkt dieses Informations-Entzuges ist die Abstimmung im Stadt-Parlament über den Abriß des Hans Sachs-Hauses.

Einzigartig und nie dagewesen: Ein Stadt-Parlament muß beschließen: ohne jegliche Information, in nicht-öffentlicher Sitzung, ohne Diskussion – über den wich-

tigsten Bau seiner Stadt-Geschichte entscheiden. Dies geschieht binnen 10 Minuten.

Eine Mehrheit – in unfaßbar blindem Gehorsam.

Dies mit Demokratie zu bezeichnen, auch wenn es eine Mehrheits-Entscheidung war, spricht jeder einigermaßen vertieften Vorstellung von Demokratie Hohn. Denn tief verwurzelt in der Demokratie und auch im Rechtswesen ist die Abhebung von dem, was wir als Willkür bezeichnen. Demokratie beinhaltet als Struktur Information, Argumentation und Diskussion.

Das Stichwort Mehrheit deckt diese Untat nicht. Die Geschichte ist voll von Untaten, die von Mehrheiten verursacht wurden. Hier gilt die Sache – und nicht eine über erbärmliche gruppenspezifische Prozesse gesteuerte Ausrede der Mehrheit.

Die Hinrichtung des Hans-Sachs-Hauses versucht, die Beweise für all die Denk-Fehler zu beseitigen. Aber das Rezept geht nicht auf. Die Beweis-Last ist erdrückend – mit oder ohne Abriß.

Irreführungen. Im Nachhinein wird auf Teufel komm raus pur behauptet. SPD-Flugblatt (Ärz 2006): „... dauerte es einige Zeit, bis die gesicherte Grundlage für die anschließend mit großer Mehrheit getroffene Abrißentscheidung des Rates gegeben war. Und mit der gleichen Gründlichkeit wird es bei den nächsten Schritten weitergehen.“

Der amerikanische Politik-Wissenschaftler Murray Edelman hat in einem Buch »Politik als Ritual« eine gängige Politik-Taktik auseinander genommen: Es wird genau das Gegenteil von dem behauptet, was man wirklich tut – im Vertrauen auf die Rituale der Propaganda.

Prozeß-Strategie von schrecklichen Juristen: den Patienten erschlagen, damit die Operation glückt

Der Verfasser erfährt aus erster Hand – vom Oberbürgermeister und vom Stadtdirektor im Rathaus von Gelsenkirchen-Buer: Die Juristen der Kanzlei Redeker/Dahs in Bonn gaben dem Oberbürgermeister Frank Baranowski und seinem Stadtdirektor Michael von der Mühlen den Rat, das Hans Sachs-Haus abzureißen.

Im Bürgermeister-Zimmer sitzt er ihnen gegenüber – nun mit offenem Mund und ringt danach, dies zu begreifen.

Er bittet um Erklärung des kaum Glaublichen.

Sie kommt. Vielleicht ist es die einzige im langen Schweigen der Verwaltung.

So sieht sie aus: In den Verhandlungen und im möglichen Prozeß von Stadt und Investor geht es um Entschädigungen.

Der Rat der Juristen: Wenn man das Hans Sachs-Haus abreißt, kann man auf dieser Fläche Einnahmen haben und gegenrechnen: aus einer Nutzung der leer geräumten Fläche als Parkplatz.

Aufstöhnen. Das sind doch Pinatz-Einnahmen!

Antwort: Nein – sechsstellig.

Zweifel. Stimmt natürlich nicht.

Selbst wenn es stimmen würde – unfaßbar, was in solchen Köpfen vor sich geht.

Absurd! Ein Fall für Kabarettisten! Sie werden nie mehr den riesigen Fleck auf der Weste loswerden, wenn sie das Gebäude vernichten.

Ich spüre, daß die beiden unsicher werden.

Antwort: Wir können mitten in der Verhandlung nicht die Pferde wechseln.

Ich sage: Sie werden den Abriß doch nicht durchführen!

Jetzt möchte ich hinter den Gesichtern lesen können.

Ende der Information.

In tiefem Nachdenken verlasse ich das Rathaus.

Sach-Ferne der Juristen. Die Prozeß-Strategie mit dem Abriß und dem Park-Platz zeigt die Sachferne der Akteure.

Den Juristen geht es nicht um die Sache – um das Hans Sachs-Haus. Sie denken nur an einen Prozeß-Vorteil – und das ist einer, der das Äußerste an Zunft-Borniertheit ist: Erneut geht es nicht um das Ziel, das Hans Sachs-Haus zu erhalten, sondern das Ziel wird ignoriert – und ein ganz anderes Ziel eingesetzt.

Unfaßbar! Ein kleiner Gelände-Gewinn im Prozeß – dafür wird der Sachgegenstand geopfert. Nach Motto: Operation gelungen – Patient tot.

Absurd: Der Patient wird vom Prozessierenden selbst umgebracht.

Mehr an Farce gibt es nicht!

Schwachsinnigeres von Juristen gab es selten.

Das ist extremer Stoff für Kabarettisten, für das Theater, für Film-Leute!

Wenn die Stadt-Spitze diesen Juristen, die nicht mehr von dieser Welt, d.h. vom konkreten Gelsenkirchen sind, folgt, wird sie das literarische Urteil von Kreisler über Gelsenkirchen weit übertreffen.

Was für eine naive und dilettantische Verteidigungs-Strategie – von absurden Juristen.

Den Juristen geht es überhaupt nicht um das Ziel: die Bau-Ikone zu erhalten. Juristerei macht sich selbständig – sie vernichtet den Inhalt. Die Erhaltung des Gebäudes hat zum zweiten Mal nicht die geringste Rolle gespielt.

Der Autor hat Oberbürgermeister und Stadtdirektor gewarnt, diesen Juristen zu folgen.

Gelsenkirchen – die Abriß-Stadt

Aber: noch läßt sich die Sache wenden!

Bevor wir eine mögliche positive Perspektive skizzieren, ist es wichtig, sich im Rückblick deutlich zu machen, welche fatale Abriß-Geschichte Gelsenkirchen bereits hat – das weiß in der Bevölkerung jedermann.

Dies soll uns dahin bringen, nun unter diese Mentalität einen Schlußstrich zu ziehen. Dringend nötig: eine neue Stadtentwicklungs-Politik.

Gelsenkirchen riß 1970 sein Rathaus ab (1898 vom Kölner Diözesan-Baumeisters Heinrich Wiethase) – um den Bau-Grund an eine Versicherung zu verkaufen. Hier wurde ein Gebäude mit hoher öffentlicher Sym-

bolik reduziert zu einem banalen Grundstücks-Geschäft.

Gelsenkirchen erlaubte den Abriß des Bahnhofs-Gebäudes. Seither gibt es dort eine Nichtigkeit – von vielen Menschen verspottet.

Gelsenkirchen läßt seinen Norden mit der größten reformerischen Garten-Stadt der Region ruinieren – von allen Wissenden bedauert. Gelsenkirchen merkte nicht, was für ein Schatz dies ist.

Gelsenkirchen ließ Denkmäler des Sports herunter kommen – den Schalker Markt und das traditionsreiche Schalker Vereinslokal „Mutter Tiemann“.

Gelsenkirchen übergab dem Vergessen die gewaltige Geschichte von Rhein-Elbe, der einst größten Bergwerks-Gesellschaft in Europa.

Die Stadt hatte die fulminanteste Industrie-Entwicklung – und sie will sie vergessen.

Mit größter Mühe konnte in einer gigantischen Auseinandersetzung von Stadt, Wohnungs-Hai und Bürgerinitiative die historische Siedlung Flöz Dickebank gerettet werden.

Gelsenkirchen begriff nie, daß es in den 1990er Jahren die Entwicklungs-Hauptstadt der Region war: mit dem Sitz der IBA Emscher Park (1989/1999) und ihrem genialen Dirigenten Prof. Dr. Karl Ganser.

Es scheint der Stadt auch gleichgültig zu sein, daß dort seit Jahren das große kulturelle Ruhrgebiets-Festival residiert: die Triennale.

Nicht begriffen hat Gelsenkirchen, daß das Land in Gelsenkirchen ein Zentrum für ›Stadt Bau Kultur‹ eingerichtet hat.

Es gibt vieles mehr, was die Stadt kaum oder überhaupt nicht wahr nimmt und zeigt.

Schule des Denkens. Mit einem Vorlauf zum Geschehen um das Hans Sachs-Haus sowie teilweise zeitlich parallel arbeitete 1989/1999 wenige hundert Meter entfernt die IBA Emscher Park. Diese war in Europa, ja weltweit die wichtigste Schule des Denkens.

Es kann im Ruhrgebiet niemand behaupten, er habe von der IBA nichts gewußt.

Der Skandal: Am Hans Sachs-Haus wurden im Grunde die Steinzeit-Methoden der 1960er Jahre benutzt – und wenig entfernt, ebenfalls in Gelsenkirchen, sehr entwickelte und feinsinnige.

In der Stadt-Mitte wurde mit Denk-Fehlern zerstört – und zwei Kilometer südlich mit vorzüglichem Denken das Ruhrgebiet entwickelt. Hier steht eine traurige Grotteske vor Augen – dort eine Erfolgs-Geschichte.

Es gehört zur Geschichte Gelsenkirchens: Immer schon hatte diese Stadt das Problem, zu erkennen, welche Potentiale sie hat – und mit sich selbst klar zu werden. Sie weiß nicht, was sie ist – und sie wollte es meist nicht wissen.

Unter diesem Aspekt ließe sich eine Dimension der Geschichte Gelsenkirchens beschreiben.

Was hat diese Stadt alles nicht bemerkt, nicht geschätzt, zerstört, ausgelassen!

Die Aufzählung läßt sich mühelos weiterführen.

Diese Stadt wurde immer schon ausgeplündert – indem der Reichtum, der hier produziert wurde anderswohin abgezogen wurde.

Aber dazu gehörte immer auch der Kleinmut der Führenden, die dies nicht merkten, sich „brav“ darauf einließen, es den Leuten auch noch als Sachzwang vermittelten. Bis hin zu Oliver Wittke wurde diese Stadt klein geredet.

Man kann arm sein, aber nicht von allen guten Geistern verlassen.

Die IBA hat gezeigt, daß man der Armut mit der Produktivkraft Intelligenz und Phantasie begegnen kann. Wann beginnt die Stadt diesen Aufbruch?

Zum Kleinmut gehört, daß man behäbig die alten abgenutzten Gebetsmühlen leiert. Höhepunkt: das Schweigen. Eine Stadt soll den Mund halten – um das Gemauschel nicht zu gefährden, anschließend wird das miese Ergebnis, das mit dieser Methode voraussagbar ist, den Leute mit Leichenbitter-Miene als „Sachzwang“ verkauft.

Dieses Spiel muß man nicht mehr mitspielen.

Das schien in den 1960er Jahren noch unausweichlich – inzwischen sind wir jedoch 30 Jahre weiter, es gibt viele emanzipierte Menschen, viel kritischen und konstruktiven Sachverstand, wenig Lust an ideologischer Streiterei und daher viel Bündnis-Fähigkeit.

Der nächste Schritt – in die Hölle?

Zumindest ein Großteil der Beteiligten am Hans Sachs-Haus hatte das Ziel: Auf Abriß hinzuarbeiten – um neu zu bauen. Daher wurde das Bau-Denkmal Hans Sachs-Haus systematisch ruiniert.

Damit reimt sich nun auch der brüske Rats-Beschluß. Und die Informations-Sperre sowie die Verhinderung von öffentlicher Diskussion. Das klamm-heimliche Ziel wäre der Öffentlichkeit nicht offen vermittelbar.

In den 1960er Jahren nannte man diese Weise des Betrügens, die in vielen Städten landauf landab praktiziert wurde: Sachzwang.

Der dritte Schritt ist wohl bereits eingefädelt – man kann ihn erkennen, wenn man das Puzzle weiter untersucht. Ein furchtbarer Verdacht keimt auf.

Bereits jetzt lautet die offizielle Darstellung: Parkplatz auf der Abreiß-Fläche.

Wird man in den Verhandlungen mit dem Investor, ihm als „Entschädigung“ – für den von ihm gezielt angerichteten Schaden! – das Grundstück vermachen? Im Klartext: öffentliches Gut schenken? Darauf könnte er ein banales Büro-Hochhaus bauen – als sein Eigentum.

Die Öffentlichkeit wird vielleicht ein weiteres Mal getäuscht werden – mit dem Spruch: Die Stadt hat kein Geld – weder für eine „Entschädigung“ noch für einen Bau.

Ein solches Spiel wäre filmreif. Tat-Ort Gelsenkirchen: Wie man eine Stadt und eine Region über den Tisch zieht und reinlegt.

Weiter unten berichten wir, in welcher Weise viele kritische Bürger und kritische Fachleute versuchen, in vielen Initiativen ein solches teuflisches Szenario zu verhindern.

Der Pranger der Geschichte

Wenn Oberbürgermeister Frank Baranowski mit Stadtdirektor Michael von der Mühlen, Fraktionsgeschäftsführer Dr. Klaus Haertel – Arm in Arm mit dem Verursacher, dem zum Minister aufgestiegenen Oliver Wittke – tatsächlich das Hans Sachs-Haus abreißen, wie wollen sie vor der Geschichte bestehen?

Geschichte ist ein Pranger: Dort steht dann eine unvergeßliche Untat. Sie geht nachhaltig und unverzeihlich in die Geschichte des Ruhrgebietes ein.

Wo immer die Personen auftreten, wird die Geschichte sie verfolgen. Sie bekämen den schlechten Ruf nie mehr von seinem Namen los.

Mit ihnen aber werden sich auch die untätigen Nachbarn nachsagen lassen müssen, was für erbärmliche Mitläufer sie waren: daß sie nicht den Abreißern in Gelsenkirchen in den Arm gefallen sind.

Es wird die Kulturhauptstadt Ruhrgebiet diesen Makel den Menschen zeigen, die kommen. Und es wird viele Menschen geben, die sich nicht vom Glamour täuschen lassen, sondern im Abriß des Hans Sachs-Hauses eine finstere mentale Seite ausmachen werden – die Tradition des Totschlagens in Kriegen und schlimmen Zeiten.

Viele Menschen werden darüber nachdenken – bis ins dritte und vierte Glied.

Widerstehen

Das Schweigen der Stadt, die totale Abwesenheit jeglicher Informations- und Diskussions-Kultur ist für eine Stadt-Demokratie eine Bankrott-Erklärung – so etwas wie: Wir haben keinerlei Lust auf Demokratie.

Das Schweigen ist das Eingeständnis: Wir sind am Ende unserer Fähigkeiten.

Aber wozu seid Ihr dann noch Amts-Träger?

Warum geht Ihr nicht nach Büsum – auf die Insel, in Pension? Wozu nennt Ihr Euch Sozialdemokraten, Christdemokraten, Grüne oder sonst was!

Das Schweigen signalisiert: Wir halten überhaupt nichts von irgendeiner öffentlichen Kontrolle.

Aber dies ist eine kurzatmige Rechnung: Denn jetzt bekommt Ihr sie vielfach. Mehr Menschen beobachten, was Ihr getan habt – und was Ihr tut – bzw. nicht zu unternehmen imstande seid.

Gegen den drohenden Abriß des Hans Sachs-Hauses sammelte und organisierte sich viel Widerstand.

Bündnis AUF. In der Stadt schlossen sich mehrere Gruppen zusammen: zur AUF.

Die AUF hat mehrere Abgeordnete im Stadt-Parlament und in den Ausschüssen.

Bürgerforum HSH. Das Bürgerforum HSH ist ein parteiunabhängiger Zusammenschluß von Bürgern aus Gelsenkirchen und aus dem Ruhrgebiet.

Eine Bürgerinitiative bildete sich. Sie besteht aus vielen Parteilosen, den Organisationen AUF, PDS, MLPD, WASG, Mieterinitiative Tossehof, Mieterinitiative Bauverein, Montagsdemo, Arbeiterverein Rotthausen.

Werkbund. Zu den Widerständigen gehört der Deutsche Werkbund NW. Dessen Vorsitzter ist der Autor dieses Textes. Dem Werkbund gehören weitere Widerständler als Mitglieder an.

Der Architekt des Hans Sachs-Hauses, Alfred Fischer, war einst einer führenden Werkbund-Leute und sein Exponent im Ruhrgebiet.

Der Werkbund NW hat das Motto: »Eingreifen und Mitgestalten«.

Daher erscheint ein Buch über das Hans Sachs-Haus in der Schriften-Reihe des Werkbunds NW.

Distanzierung? Von manchen Seiten wurde der Verfasser aufgefordert, sich von der MLPD zu distanzieren.

Er antwortete: Ich habe mich in 30 Jahren Tätigkeit mit nun 85 Bürgerinitiativen noch nie von irgendjemandem distanziert. Ich arbeite zusammen mit jedem, der das gleiche Ziel hat. Dabei treffe ich freundliche Menschen, die vorzügliche Sacharbeit machen. Was ihnen nachgeredet wird, interessiert mich nicht – ich kenne die Taktik des Auseinander-Dividierens, sie kommt immer von Menschen, die in der Sache ein ganz anderes Ziel haben, hier: die Zerstörung der Ikone.

Sozialdemokraten und Grüne mögen sich daran erinnern, wieviel in ihrer Geschichten ihnen an Unsäglichem nachgeredet wurde. Haben sie das vergessen, sobald sie einen Zipfel an Macht erhielten?

Stärke. An der Zusammenarbeit der vielen engagierten Menschen in Gelsenkirchen kann man etwas lernen: für jedweden öffentlich etablierten Unsinn ist es „gefährlich“, wenn Menschen sich auf der Sachebene und mit menschlicher Orientierung verstehen – ohne Ansehen von dem, womit man sie gewöhnlich voneinander trennt, um besser herrschen zu können.

Der Autor denkt, daß dies auch eine wichtige Voraussetzung für eine Chance sein kann: daß die Stifter des öffentlichen Unsinn sich im Laufe dieses Prozesses doch noch auf ein anderes Geleis bewegen.

„Licht ins Dunkel um das Hans Sachs-Haus“ – so hieß das Bürgerbegehren, das 10.000 Gelsenkirchener unterschrieben. Es verlangte Aufklärung über den Vorgang des Hans Sachs-Hauses. Es gab sich nicht damit zufrieden, gläubig hinzunehmen, daß alles, was in der Leitung gemacht und entschieden wird, ohne Nachdenken hingenommen werden müsse.

Rats-Beschluß. Die AUF trug vom 10. November 2005 bis zum 20. Januar 2006 die Unterschriften von über 10.000 Bürgern zum Bürgerbegehren zusammen. Am 17. Februar 2005 nahm der Rat das Bürgerbegehren an. Einstimmig.

Aber – über die Presse erklärte die CDU: Keine Untersuchungs-Kommission!

Aber – der Oberbürgermeister Baranowski sagte: Bürger-Beteiligung und Architekten-Wettbewerb sind zunächst nicht umsetzbar.

Aber – der Hans-Sachs-Haus-Ausschuß arbeitete auf einen schnellen Abriß hin.

Und so sahen die Bürgerinitiativen die Rats-Entscheidung nicht als Zustimmung an, sondern als Trick der „feindlichen Übernahme des Bürgerbegehrens“ (Flugblatt).

Rücknahme. Als sie merkten, daß dies noch nicht aufging, nahmen sie am 23. März 2006 ihren ersten Beschluß zurück und machte einen zweiten: Ablehnung des Bürgerbegehrens. Mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.

Die Bürgerinitiative hält diese Ablehnung des Bürgerbegehrens für rechtswidrig.

Die Mehrheits-Parteien fügten die bekannte Umkehrung von Täter und Opfer hinzu. „Anstatt den sittenwidrigen Vertrag zwischen ehemaliger Stadtspitze und Investor und seiner Urheber anzugreifen, werden die Hauptkritiker attackiert und gar verantwortlich gemacht, dass die Stadt nicht aus dem Vertrag rauskommt. Das stellt die Tatsachen auf den Kopf! “

Auch dieser Fall ist ein Beispiel dafür, daß das Volk und kritische Experten nichts gelten.

Am Beginn des 19. Jahrhunderts nannte Fürst Metternich das Volk „die Bagage, mit der wir uns beschäftigen müssen.“ Im Jahr 2006 will sich die Obrigkeit nicht einmal mit der Bagage beschäftigen.

Dies führt Demokratie ad absurdum.

Die Verantwortlichen fürchten die Aufarbeitung ihrer Fehl-Leistungen. Aber sie kommt.

Rücknehmbarkeit – auch für den Abriß-Beschluß. Die Rücknahme ist übrigens ein Beispiel dafür, wie rasch und einfach Rats-Beschlüsse rücknehmbar sind. Man muß hoffen, daß auch der Abriß-Beschluß für das Hans Sachs-Haus gestrichen wird.

Fast kein Zugang. Die Verwaltung ließ nur wenige Menschen ins Innere des Hans Sachs-Hauses hinein.

Wenn man einwendet, der weltberühmte Statiker Prof. Dr. Stefan Polonyj habe den Bau nicht von innen gesehen, muß man dagegen halten: Er hat über Prof. Günter angefragt, drei Termine genannt, aber die Einsicht wurde ihm verwehrt.

Es wurde ihm jedoch mit allen zur Verfügung stehenden Methoden der Fotografie und sachkundiger Berichte der Sachverhalt so genau dargestellt, daß eine Beurteilung der Methode möglich ist – sein Urteil hat also Gewicht.

Vertrags-Auflösung. Wie üblich ist auch die Begründung der Vertrags-Auflösung unöffentlich, so daß ich die Begründung nicht kenne. Aber der Stadt ist dringend zu raten – falls nicht geschehen – erheblich bessere Begründungen nachzuschieben.

Wenn die Informations-Verweigerung so weitergeht, hat die Stadt neben dem Hans Sachs-Haus auch noch das essentielle Verfahren zu demokratischer Entscheidungs-Findung, den Kern städtischer Demokratie, vor die Wand gefahren.

Wieviel Zeit wird es dauern, bis das mentale Desaster verheilt ist?

Behauptungen – ohne zugelassene Kontrolle. Es wird viel behauptet – und keine Kontrolle zugelassen. SPD-Flugblatt (März 2006): „Es handelt sich nur noch um einen völlig entkernten Rohbau, dessen tragende Säulen erhebliche Schäden aufweisen.“ Daran ist jedes Wort unzutreffend – d. h. falsch und irreführend.

Die Eile mit der Hinrichtung. Das SPD-Flugblatt (März 2006; verantwortlich: Dr. Klaus Haertel): „So-

bald der Investor es freigibt, wird das Haus abgerissen.“

Petitionen. Das Bürgerforum organisierte eine Petition an den Petitions-Ausschuß des Landtags NW (28. Februar 2006) und eine zweite an den Minister für Wohnen und Verkehr, Oliver Wittke. Die Unterzeichner sind unten aufgeführt.

Eine bessere Verhandlungs-Strategie der Stadt

Die Stadt stellte sich in den Verhandlungen über die Vertrags-Kündigung und Entschädigungen dilettantisch auf. Das Druck-Szenario gegenüber dem Investor ist denkbar ungeschickt. Jetzt müßte die Stadt merken, wie miserabel ihre Strategie argumentiert.

Es gibt eine bessere Strategie – eine Chance der Stadt.

Die Argumentations-Kette:

Der Freibrief war kein Freibrief. Auch wenn ein Vertrag wie ein Freibrief erscheint und vor allem kostenmäßig keine festgeschriebene Obergrenze hat, gibt er nicht alle Freiheiten.

1. Veränderung des Zieles. Der Vertrag war ungedeckt – das war ein riesiger Fehler der Stadt. Aber der Investor durfte daraus keineswegs entnehmen, daß er das Ziel des Vertrages, die Sanierung des Bau-Denkmal, verändern durfte.

Aber er hat dies getan.

Ist dies Betrug? Dies wird nun zu untersuchen sein.

Der Tat-Bestand: Der Investor hielt sich nicht an das Ziel des Vertrages. Er mußte das gesteckte Ziel verfolgen. Er durfte nicht zu einem anderen Ziel führen: Nachweislich tat die Bau-Firma Heitkamp alles, um den Bau nicht denkmalgerecht zu sanieren, sondern vorzutäuschen, er sei kaputt – so daß man ihn dann abreißen und schlußendlich durch einen Neubau ersetzen müsse.

Ein detektivisch zusammengetragenes Puzzle zeigt daß es eindeutig um die Einfädung von Neubau ging.

Heitkamp hat in einem Propaganda-Vortrag 2003 zuerst im Hans-Haus-Ausschuß und dann in drei Foren die „Variante“ dargestellt: das Haus komplett abbrechen.

Der Chef der Arbeits-Gruppe ließ gegen vielfältige Einsprüche im Arbeits-Gremium immer weiter im Hans-Sachs-Haus bohren und aufmachen.

Fachlich war dies nicht gerechtfertigt. Fachlich ist bekannt, daß es mehrere Methoden gibt, die Standfestigkeit des Gebäudes zu prüfen, ohne das Gebäude zu zerstören: zerstörungsfreie Methoden.

Auch für den Brandschutz gibt es viele Methoden. Man bekommt ihn im Bestands-Schutz durchaus durch nichtzerstörende Maßnahmen hin.

Ein historisches Bau-Denkmal macht es unumgänglich, solche Methoden zu benutzen.

Durch absichtsvolle Wahl von zerstörenden und unflexiblen Methoden wurde das Gebäude zu einem Schweizer Käse durchlöchert.

Auch die Denkmalpflege hätte eingreifen müssen.

Es handelt sich also um grob sachwidrige Vorgehens-Weisen.

Höhepunkt der Tatsache, daß das Ziel verändert wurde, ist der brachiale Abriß des Farb-Weges von Max Burchartz: Von denkmalgerechter Sanierung konnte keine Rede mehr sein.

2. Verstoß gegen die guten Sitten: Unverhältnismäßigkeit. Der Investor ist verpflichtet, die guten Sitten zu wahren: Man muß auch in einem solchen Fall die Aufgabe mit einer Verhältnismäßigkeit lösen. Verhältnismäßigkeit ist ein justiziables Kriterium der Rechtsprechung.

Zu den guten Sitten gehört auch, daß man mit dem Auftraggeber den Prozeß besser bespricht – und selbst die Stopp-Signale setzt, wenn es nötig ist.

Exzessives Ausnutzen. Bei professionellem Verhalten statt simpler Gewinnsucht mußte Xeris & Co wissen, in welchem Rahmen sie sich verhalten mußten. Sie durften die Naivität und Unprofessionalität der Stadt nicht in dieser exzessiven Weise ausnutzen.

3. Ungenügende Fachgerechtigkeit. Der Investor mußte seine Aufgabe fachgerecht d. h. methodisch intelligent lösen.

Er verwandte jedoch die falsche Methode für das Objekt.

Die Entschädigungs-Forderung des Investors. Bereits im Dezember 2005 stellte die Xeris ihre Rechnung: 45 Millionen. Unbegreiflich, warum die Stadt erst am 29. April 2006 diese Zahlen öffentlich machte.

Ursache, daß die Zahl überhaupt veröffentlicht wurde, war die Notwendigkeit nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement für Forderungen dieser Art eine versorgliche Rückstellung in den Haushalt einzustellen.

Für ihre bisherigen Aufwendungen fordert der Investor einen Schaden-Ersatz von rund 20 Millionen Euro. Die Stadt prüft, ob die Angaben korrekt sind.

Hinzu fordert Xeris Schaden-Ersatz für entgangenen Gewinn – sie gibt ihn mit rund 25 Millionen Euro an.

Oberbürgermeister und Stadtbaurat halten die Höhe der Forderung für „utopisch“.

Frage: Welche Aufwendungen sind überhaupt nicht entstanden?

Die Stadt läßt die Forderungen überprüfen.

Danach möchte die Xeris einen hohen Gewinn ohne Leistung erhalten.

Geforderte Gesamt-Summe: 45 Millionen Euro. Das ist fast so viel wie die Akademie Mont Cenis in Herne, ein IBA-Projekt, kostete. Und dreimal so viel wie Schloß Horst in Gelsenkirchen investiert wurde. Ergebnis-Leistung: Null. Minus-Leistung: mögliche Zerstörung einer Ruhrgebiets-Ikone.

Wer schädigte wen? Die Kern der Sache ist aber ein ganz anderer! Wem ist hier wirklich Schaden entstanden?

Wir fragen uns, warum die Stadt dies nicht untersucht und vorträgt.

Denn: die Stadt hat einen gewaltigen Schaden dadurch, daß Xeris & Co. die denkmalgerechte Sanierung des Hans Sachs-Hauses vor die Wand fuhr. Die

vortragbaren Schäden sind gewaltig: Die Durchlöcherung des Gebäudes zu einem Schweizer Käse ist in hohem Maße Sach-Beschädigung. Hinzu kommen methodisch-fachlich unqualifizierte Teilabrisse.

Das verantwortungslose Verhalten des Investors bringt die Stadt geradezu in die Gefahr des Ruins.

Hinzu kommt der Image-Verlust der Stadt.

Umdrehen der Entschädigungs-Forderung. Aufgrund der tatsächlichen Sach-Lage dreht sich der Entschädigungs-Anspruch um.

Die Stadt hat den Anspruch auf Schaden-Ersatz. Sie muß dies jetzt vom Investor, der das Gebäude vor die Wand gefahren hatte, fordern.

Druck-Mittel. Der Stadt ist dringend zu raten, die Volks-Bewegung und den Hagel an Kritik aus der gesamten Fachwelt als ein Druck-Mittel einzusetzen.

Für die Verhandlungen ist es gut, die Front der Kritiker nicht zu beschimpfen, sondern als Druck zu nutzen – vor allem auf die Deutsche Bank. Denn die Kritiker können der Bank zu ihren bundesweit bekannten Problemen ein neues schaffen. Ein Skandal macht sich nicht gut für das Image.

Der Skandal kann auch zu einer Boykott-Kampagne führen.

Fazit: Nach all dem löste die Stadt zurecht den Vertrag auf.

Der Vertrag erlaubte keineswegs alles.

Der Investor machte gravierende Vertrags-Brüche.

Wenn jetzt über Entschädigung für den Vertrags-Ausstieg verhandelt wird, kann doch nur darüber gesprochen werden, was der Investor wegen Ziel-Veränderung und Kompetenz-Mangels entschädigen muß.

Die Stadt muß ihn verklagen: wegen Sach-Beschädigung. Zu prüfen: liegt hier betrügerische Absicht vor.

Spätestens beim Bundesgerichtshof werden die Richter dieser Argumentation folgen.

Eine Wende in der Politik: vom Skandal zur Stadt-Entwicklung

Die Alternative. Wenn dieses Gebäude abgerissen wird, dann ist dies der größte baugeschichtliche Skandal des Ruhrgebietes seit 200 Jahren.

Wenn es erhalten wird, können die Retter es sich als große Tat zurechnen.

Das könnten auch sein: der Oberbürgermeister Baranowski, der Stadtdirektor von der Mühlen und alle, die den Mut zur Umkehr haben.

Mit anderen Methoden planen und rechnen. Das Gebäude ist ohne weiteres erhaltungsfähig.

Auch innerhalb eines vernünftigen Kosten-Rahmens.

Dies ist natürlich nicht umsonst.

Trennung der Kosten. Methodisch zu trennen sind die Kosten für das Gebäude und die Kosten, die zum Ausgang eines Prozesses führen können. In Zukunft hat das eine nichts mit dem anderen zu tun.

Bislang unterblieb: eine Kalkulation einer denkmalgemäßen Altbau-Sanierung mit herkömmlichen handwerklichen Methoden.

Rettung. Schon oft wurden zum Tode Verurteilte gerettet.

Ich bin gerade durch die Niederlande und die Schweizer Alpen gefahren. Beide Länder sind voll von den umfangreichsten Bauwerken menschlicher Einfallskraft und Produktivität. Angesichts dessen ist es einfältig, zu behaupten, man könnte mit dem Hans Sachs-Haus nicht vernünftig umgehen – auch technisch und finanziell.

Erstmal könnte man sich davon trennen, daß man, wenn man nichts hat, immer noch Unnützes wünscht.

Die Stadtverwaltung ist seit mehreren Jahren anderweitig untergebracht. Die Begehrlichkeit, alles noch besser haben zu wollen, als man es vorfindet, ist uralte – aber sie rechtfertigt nicht, daß man nach etwas greift, was man sich – ehrlicherweise – nicht leisten kann.

Man könnte sich mit dem Rathaus in Buer zufrieden geben.

Man muß nicht an eine gescheiterte Hochstapelei die nächste Hochstapelei anhängen.

Abgesehen davon: Wenn die Stadt dem Investor tatsächlich mit ihrer falschen Strategie viele viele Millionen in den Rachen wirft, wie will sie dann auch noch ein neues Rathaus bezahlen?

Guter Rat: laßt die Verwaltung, wo sie ist. Mit anderen Räumen wird sie nicht besser – die Qualitäts-Frage stellt sich ganz woanders.

Dann kann man über das Hans Sachs-Haus auf einer anderen Ebene nachdenken.

Perspektive: Stadt-Entwicklung

Bedeutung für die Region.

Das Hans Sachs-Haus ist eine Ikone der Region.

Die Region hat keine Altstädte, keinen Kölner Dom, keine landschaftlichen Attraktionen wie der Mittelrhein. Wovon die Region lebt, das sind die Industrie-Denkmäler und die Ikonen der Industrie-Epoche.

Nahezu sämtliche dieser Attraktionen sollten einmal abgerissen werden.

Das heutige Weltkultur-Erbe Zollverein in Essen war nach dem Willen der Verantwortlichen dazu bestimmt, das Gelände einer Müllkippe zu werden.

Der heute berühmte Gasometer in Oberhausen hing an einem seidenen Faden.

Das Zechen-Versailles Zollern 2/4 in Dortmund-Bövinghausen sollte verschwinden – heute ist es das Westfälische Industriemuseum.

Auch das Rheinische Industriemuseum lebt in einem einst zum Abriß bestimmten Gebäude.

Die Reihe kann beliebig fortgeführt werden.

Ständig stellten bewegungsarme Beton-Köpfe dieselben Abreiß-Sprüche vor – markig, aber daneben. Ständig mußten die Kreativen, zunächst verteuft, gegen den Abreiß-Wahn hart und phantasievoll argumentieren – und am Ende gab es Erfolge, um die uns heute das In- und Ausland beneiden.

Stellen wir uns vor, was das Ruhrgebiet wäre – wenn

all das abgerissen worden wäre, was es jetzt berühmt macht und was häufig als Alleinstellungs-Merkmal gilt.

Ohne diese Arbeit und Erfolge gäbe es keine ›Kulturhauptstadt 2010‹.

Wende in der Politik. Der Skandal Hans Sachs-Haus kann zu einer Chance werden: zu einer Wende in der städtischen Politik.

Oberbürgermeister Oliver Wittke hatte die Stadt kaputt geredet – zum Armenhaus. Das hatte schlimme Folgen für die innere Mentalität und das äußere Ansehen.

Dem Oberbürgermeister Baranowski raten wir, den skizzierten anderen strategischen Verteidigungs-Weg zu gehen.

Er kann daraus eine neue Politik für die Stadt-Entwicklung erarbeiten und starten.

Wie kann sie aussehen?

- Er setzt sich an die Spitze einer Bewegung.
- Er sagt: das Hans Sachs-Haus wird nicht abgerissen.
- Er verfolgt eine der weiter unten dargestellten Alternativen.
- Vor allem entfaltet er ein Stadtentwicklungs-Modell – für die ganze Stadt.
- Das Image von Gelsenkirchen läßt sich genau so drehen, wie seinerzeit Karl Ganser das Image des Ruhrgebietes gedreht hat. Motto: Gelsenkirchen hat nicht nur Probleme, sondern auch hervorragende Substanzen. Setzen wir sie ins Licht! Kristallisations-Punkt: das Hans Sachs-Haus.

Konkrete Schritte.

1. Schritt: Eine Denkmalpflege als Stadt-Entwicklung zeigt die Schokoladen-Seite von Gelsenkirchen. Aus der Denkmalpflege stammen nahezu alle wichtigen Stand-Orte, Bilder, Bedeutungs-Träger einer Stadt.

Dies gilt nicht nur für Regensburg und Rothenburg, sondern ebenso für das Ruhrgebiet. Hätten wir nicht in den letzten 30 Jahren faszinierend Bauten unter Schutz gestellt – wie leer wäre die Region heute!

Zum Beispiel hat der Kampf um die Siedlungen in den 1970er Jahren der Region außerordentlich viel eingebracht.

Dies bedeutet: Die Denkmalpflege verliert das Image des Lästigen – es erhält das positive Image einer Institution, die die Schätze und Werte der Stadt kennt, pflegt und in-Wert-setzt.

2. Schritt: Über den Denkmäler-Bestand hinaus gibt es spannende Viertel. Man kann sie kartieren.

Ein positives Panorama der Stadt kann entstehen und anschaulich sichtbar gemacht werden. Aus diesen Ressourcen heraus läßt sich ein zweites und anderes Bild der Stadt herstellen.

Es verschweigt nicht die problematischen Seiten, setzt aber mit den Stärken an, die dann den Schwächen helfen.

Dies müssen gute, einfallsreiche, kreative Köpfe konkret erarbeiten.

3. Schritt: Vor allem aber soll eine Qualitäts-Offensive folgen – wie in Maastricht.

Tenor: Wir haben viele Probleme, aber wir wir kön-

nen damit umgehen – wir besitzen Intelligenzen, aus ihnen etwas zu machen.

Die neue Nutzung der neuen kulturellen Ressourcen. Gelsenkirchen hat in den letzten zwei Jahrzehnten vom Land Nordrhein-Westfalen bedeutende kulturelle Institutionen erhalten: den Sitz der genialen IBA Emscher Park, die Fortbildungs-Akademie des Städtebau-Ministeriums, das vielschichtige Haus der Wissenschaften (Wissenschafts-Park), die Forst-Station im innovativen Industriewald-Projekt, das Europäische Haus für Stadtbaukultur, den Sitz der Triennale.

Damit war Gelsenkirchen durchaus eine Art heimliche Ruhr-Hauptstadt von viel Kultur.

Gelsenkirchen kann daraus mehr machen.

Die Stadt hat dies bislang kaum verstanden und kaum selbstbewußt genutzt – aber jetzt kann sie mit diesen Ressourcen arbeiten.

Sie kann Schluß machen mit der Gebets-Mühle vom Armen-Haus, mit der sie sich viel schwächer redet, als sie ist.

Sie kann mit dem Motto nach vorn gehen: ›Wir sind nicht wirklich arm, denn wir wissen, wie wir mit Mut, Intelligenz und Kreativität in schwierigen Situationen nach vorn gehen können‹.

Fokus-Punkt: Hans Sachs-Haus. Am Hans Sachs-Haus kann die Stadt – mit uns allen zusammen – ihr Stadtentwicklungs-Programm in symbolischer Weise vorführen.

Das Bau-Denkmal ist geradezu ein Stadt-Programm.

Auch in seiner Ursprungs-Bedeutung als Aufbruch zur Demokratie.

Dann wird in den nächsten 10 Jahren die Chance genutzt, zwischen den beiden Ikonen einen Platz anzulegen.

Kulturhauptstadt Europas

Zu all dem hinzu kommt ein Impuls: Kulturhauptstadt Europas.

Oder möchte Gelsenkirchen ein finsternes Kontrast-Programm liefern?

Natürlich ist Geschehenes nicht ungeschehen zu machen. Man muß es auch nicht verschweigen. Aber die Stadt kann etwas daraus machen: Sie wird eine bedeutende Attraktion, wenn sie der Region und den vielen Menschen, die kommen, konkret zeigt, mit wie viel Energie, Sachverstand und Beteiligung produktiver Bürger sie eine Umkehr betreibt.

Auch der Verfasser bietet seine Hilfe an. Mit Rat und Schrift.

Drei Alternativ-Modelle zur Erhaltung des Hans Sachs-Hauses

Stehen-lassen und ... Der Autor hat mehrmals in öffentlichen Versammlungen und in der Presse darum gebeten, die Sache anders zu denken. So lautete eine Schlagzeile in einer Gelsenkirchener Zeitung: „Der

Professor denkt italienisch.“

Dies ist ein sehr einfaches Denken – und an Pragmatismus unüberbietbar. Es stammt aus italienischer Erfahrung. In Venedig steht jeder dritte Palazzo leer – meist jahrzehntelang, aber niemand reißt ihn ab. In ganz Italien werden von 10 Kirchen 9 nicht genutzt – aber es gibt keine abgerissene Kirche. Denn für ein Volk mit Kultur und Respekt ist dies undenkbar. Kein Abriß-Wahn und keine Saubermann-Manie.

Bei uns aber hat der Krieg sowie ein überdrehtes Nutzungs-Denken, das zu einer Zwangs-Vorstellung wurde, ungeheuer viel Unheil angerichtet – es läßt kaum Distanz im Denken und kaum Gelassenheit. Zu vielen Problemen fällt nur das Totschlagen ein – wie bislang beim Hans Sachs-Haus.

Eile? – hat dies nicht sehr mit deutscher mentaler Vergangenheit zu tun? Arbeiten wir dagegen! Motto: Kommt Zeit, kommt Rat. Um Himmelswillen nichts vernichten.

Das Hans Sachs-Haus hat keinen Druck, genutzt zu werden.

– Alle Behörden sind untergebracht.

– Es gibt ein formidables Rathaus – in Buer. Dies funktioniert bereits seit einiger Zeit als Rathaus.

Es gibt also keinen Zeit-Druck. Zu einem positiven Stadtentwicklungs-Konzept gehört, daß erstmal lange und gut überlegt wird.

Nachdenken über mehrere Modelle.

Das Heidemann/Gärtner-Modell. Die erste Alternative: das Modell, das unabhängig voneinander (oft entstehen die besten Gedanken parallel) Dr. Lutz Heidemann, einst Denkmalpfleger in Gelsenkirchen, und die Stadträtin Monika Gärtner-Engel entwickelten. Ziel: eine denkmalgerechte weiche Sanierung.

Voraussetzung: Italienisch denken lernen. Sich sieben Jahre Zeit nehmen.

Wir haben viele Fachleute vom Bau und baunahen Gewerben, die arbeitslos sind. Junge Leute in der Ausbildung. Im Hans Sachs-Haus können sie eingesetzt werden. Das Modell schafft Arbeit mit vielen Menschen.

Auch dieses Projekt kostet Geld. Aber: mit Gewißheit weit weniger.

Vor allem: dieses Geld bleibt sehr wirksam in Gelsenkirchen.

Es hat gutes Management nötig.

Prof. Dr. Stefan Polonyi rät: Nehmt ältere Bauleiter, die aus dem Beruf ausgeschieden sind – sie haben Erfahrung.

An diesem Modell kann die Stadt zeigen, daß sie zwar Probleme hat, aber noch wichtiger ist es, vor Augen zu stellen: Wir können damit umgehen.

Ein solches Projekt wäre einzigartig (schreckt das?) und kann dadurch einen großen Ruf bekommen. Es macht die Stadt berühmt – als Forum von Intelligenzen in Krisen.

Das Bernhard Küppers-Modell – Version 1. Es könnte – mit viel Schmerz – dahin kommen, daß ein Kompromiß ausgehandelt werden muß: der Abriß des Inneren – aber das Überleben aller Außen-Wände.

Ziel des Modells: Sämtliche Fassaden sollen stehen

bleiben. Denn die Fassaden sind das Wichtigste am Gebäude. Wir brauchen sie für die Stadt-Szenerie.

Es gibt viele Vergleichs-Beispiel, daß die Erhaltung der Fassaden möglich ist. Den häufig hörbaren markigen Spruch, es sei zu teuer, darf man nicht glauben – er stimmt nicht.

Prof. Stefan Polonyi: In Köln werden zum Beispiel ständig viele Fassaden erhalten.

Wie diese Wände gesichert werden können, beschreibt Bernhard Küppers.

Küppers, ein Weltklasse-Architekt, war Stadtbaumeister in Bottrop und schuf dort u. a. das berühmte Albers-Museum Quadrat sowie die Stadthalle. Die Fassaden werden gehalten von den Stützen an der Wand und in der zweiten Reihe sowie von den Decken, welche die Fassade und die Stützen verbindet. Die Decke ist von Pfeiler zu Pfeiler gespannt, daher kann man sie hinter der zweiten Stütze abschneiden.

Innen wirkt das Ganze wie Loggien. Sie sind wettergeschützt. In sie hinein können Skulpturen und Bilder gestellt werden, am besten mit einem Programm – es wird interessant aussehen.

Das Bernhard Küppers-Modell – Version 2. Erstens: wenn ein zweites Stützen-Feld stehen bleibt, können an der Fassade wieder benutzbare Räume entstehen. Und dahinter ein Erschließungs-Korridor.

Zweitens: In der abgerissenen Innenfläche kann mit ein wenig Abstand zu den Fassaden-Loggien – wie in einem Lichthof – ein hohes Gebäude entstehen.

Es kann auch drei Geschosse höher wachsen. Es darf nur nicht von außen, von den Plätzen aus, sichtbar sein.

Man kann es auch zu einem Turm ausbauen – aber dies soll in einer interessanten Weise geschehen. Das Hans Sachs-Haus hat bereits einen Turm – ein zweiter kann hinzu kommen – allerdings mit hoher Qualität.

Das Modell x. Unter der italienischen Voraussetzung hat ein Prominenter in Gelsenkirchen, der sich vielleicht zu Wort melden wird, den Gedanken entwickelt: Laßt das Äußere stehen. Das würde (wie Bernhard Küppers es bautechnisch vorgeschlug) funktionieren.

Und macht im Inneren einen poetischen Garten.

Ein schöner Gedanke.

Man kann ihn anreichern durch Skulpturen, die rund herum in den Loggien stehen.

Dies kostet die Stadt sehr wenig – sie stürzt sich nicht in ein neues Finanz-Abenteuer – sie zeigt damit ihre Würde.

Ein schönes Resultat ehrt die Menschen, die es herbeiführen.

Wettbewerb. Die Erhaltung sämtlicher Fassaden muß als Minimal-Vorgabe in einen Wettbewerb eingehen.

Weiterhin soll der Wettbewerb eine neue Gestaltung des Platzes zwischen den beiden Welt-Stars Hans Sachs-Haus und Musik-Theater diskutieren.

Neues Spiel – neue Rollen

Oliver Wittke. Mit dem Projekt wollte Oberbürgermeister Oliver Wittke aufsteigen.

Sachlich erreichte er sein Ziel nicht – er schuf ein Desaster.

Jetzt kann er mit keinem PPP-Projekt (Public Private Partnership) mehr an die Öffentlichkeit gehen. Das ist verbrannt.

Aber alle Welt darf sich wundern, wie man mit einem solchen Desaster Minister werden kann. Vielleicht nur in einem Land, in dem für politische Führung kein Anspruch mehr gestellt wird – wo nicht Leistung, sondern Vitamin B ausschlaggebend ist.

Albrecht Müller hat zu dieser Dimension des politischen Lebens ein Buch mit dem Titel geschrieben ›Der Machtwahn‹.

Jetzt allerdings sind wir gespannt: Wenn Wittke ein Mann von Anstand ist, dürfen wir von ihm erwarten, daß er als Minister eine Wiedergutmachung anstrebt – sonst stände er für ewig am Pranger der Geschichte.

Er ist Oberherr über den Denkmalschutz im Land. Er soll den Abriß des Denkmals verbieten (auch wenn der Landeskonservator ihn nicht anruft).

Als Minister für Städtebauförderung und Denkmalschutz kann er sein Scherflein an Hilfe anbieten.

Frank Baranowski. Oberbürgermeister Frank Baranowski erkennt, daß die Rolle des Henkers für das Hans Sachs-Haus eine furchtbare Falle ist – er tappt nicht hinein, sondern verläßt sie.

Aus einem mauernden Verteidiger wird ein Offensiv-Spieler. Er mag am Beispiel von Schalke lernen, daß man nur mit dem Tore-Schießen weiter kommt.

Dies ist für die Politik, die gemeinhin nur reagiert, ein Paradigmen-Wechsel.

Michael von der Mühlen, Stadtdirektor und zuständig für das Bauwesen, sorgt dafür, daß seine Bauverwaltung wieder Qualität erhält, und er begleitet die Wende des Prozesses mit großer Offenheit.

Ein externer Moderator. Das Land hat Mittel, zwei externe Moderatoren zu finanzieren. Sie können die Alternativen erarbeiten lassen, die das Hans Sachs-Haus retten.

Diese Rollen können vorzüglich so erfahrene Männer wie Prof. Dr. Karl Ganser und Prof. Peter Zlonicky. Sie sind in der Lage, das Quer-Denken anzuregen, das jetzt nötig ist. Sie kennen die besten Experten des Landes.

Die Bau-Verwaltung stellt sich neu auf – in einer Weise, daß sie dann den Umgang mit dem Hans Sachs-Haus managen kann.

Die vereinten Oppositionen, die – vielleicht als einzige deutsche Weltmeister – für die Seele ihrer Stadt kämpfen, wechseln ebenfalls die Rolle: Sie müssen nicht mehr verbissen darum kämpfen, daß das Schlimmste für die Stadt nicht geschieht, sondern gehen hilfreich dazu über, ihre außerordentlichen Intelligenzen einzusetzen: um die Stadt-Entwicklung nach vorn zu treiben.

Es können Zusammenarbeiten entstehen, die ein

Beispiel für produktive Politik geben. Daraus kann man landauf landab viel lernen.

Kulturhauptstadt Europas. Es ist nun abgewandt, daß Gelsenkirchen als Beitrag zur Kulturhauptstadt Europas das Finsterste realisiert: das Hans Sachs-Haus hinzurichten – öffentlich unter aller Augen auf dem zentralen Platz, wie im Mittelalter.

Alle Aufgeklärten helfen Gelsenkirchen zu einem produktiven Beitrag zur Kulturhauptstadt Europas.

Die Wende? Prof. Dr. Karl Ganser zum Autor (27. April 2006): „Die Wende-Marke kann die Konferenz von bedeutenden Planern sein, die von der Stadt ja angekündigt wurde.“

Sie darf nicht etwas x-beliebiges werden, als eine der üblichen Ausreden, man habe ja alles getan etc., sondern sie soll eindeutig und klar sagen: Ein Abriß kommt nicht in Frage. Dies verschafft dem Oberbürgermeister Rückendeckung. Und dann geht es produktiv weiter.

Zu dieser Konferenz müssen unbedingt Stefan Polonyi eingeladen werden. Auch Roland Günter muß dabei sein. Ich denke, man soll mich einladen. Und weitere.

Die Konferenz darf kein Geschwätz werden, sondern sie soll einen Neuanfang setzen. Sie muß das Schicksal des Hans Sachs-Hauses von der Sache her entscheiden.“

Der Autor teilt dies dem Oberbürgermeister Frank Baranowski mit.

Albert Einstein: „Man kann ein Problem nie mit derselben Denkweisen lösen, mit der es geschaffen wurde.“

Zwei Petitionen

Das Bürgerforum organisierte eine Petition an den Petitions-Ausschuß des Landtags NW (28. Februar 2006) und eine zweite an den Minister für Wohnen und Verkehr, Oliver Wittke.

Zu den Unterzeichnern gehören:

- Susanne Abeck (Geschäftsführerin Forum Geschichtskultur).
- Prof. Bernd Borghoff (Architekt, Aachen und GHS Siegen).
- Jürgen Dzudzek (1. Vorsitzender Heimatbund Gelsenkirchen).
- Dr. Gudrun Escher (Kunsthistorikerin, Journalistin, Mülheim an der Ruhr).
- Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Ganser (Chef der IBA Emscher Park 1989/1999).
- Anna Grahs und Heiner Grahs (Pädagogen Gelsenkirchen).
- Prof. Dr. Roland Günter (1. Vorsitzender Werkbund NW, Oberhausen).
- Dr. Lutz Heidemann (Stadtplaner, Bauhistoriker, Gelsenkirchen).
- Prof. Anne Klasen-Habeney (Architektin, Aachen).
- Hans Joachim Koenen (Statiker, Duisburg/Gelsenkirchen).
- Kai Kühmichel (Architekt, Stadtplaner, Gelsenkir-

- chen).
- Bernhard Küppers (Ltd. Baudirektor a. D. Bottrop).
 - Helga Langweg (Gelsenkirchen).
 - Mark Mefsut (Dramaturg Neue Philharmonie Westfalen, Recklinghausen).
 - Dr. Rainer Norten (Architekt, Gelsenkirchen).
 - Prof. Dr. Wolfgang Pehnt (Bauhistoriker, Köln und Universität Bochum).
 - Prof. Dr. Stefan Polonyi (Statiker, Köln).
 - Karin Powleit (Architektin, Aachen, Gelsenkirchen).
 - Karlheinz Rabas (Stadtteilarchiv Gelsenkirchen Rotthausen).
 - Karl-Heinz Rotthoff (Architekt, Gelsenkirchen).
 - Dr. Manfred Sack (Architektur-Kritiker, Die Zeit, Hamburg).
 - Theresia Samsel (Gelsenkirchen).
 - Inge Scharf (Gelsenkirchen).
 - Prof. Peter Zlonicky (Stadtplaner, Architekt, München).

Oberbürgermeister Frank Baranowski geht seit einiger Zeit eine Fülle von mahnenden Stellungnahmen aus der Fachwelt und von vielen aufmerksamen Menschen zu. Zu ihnen gehören

- Prof. Peter Busmann (Köln).
- Prof. Kaspar Krämer (Köln), Präsident des Bundes Deutscher Architekten.

Weitere Unterzeichner der Petition:

- Ursula Junker (Gelsenkirchen).
- Manfred Bertsch (Bankkaufmann, Gelsenkirchen).
- Anke Bertsch (Studentin, Gelsenkirchen).
- Lisette Bertsch (Gelsenkirchen).
- Doris Perenz (Gelsenkirchen).
- Margarete Weißfuß (Gelsenkirchen).
- Hannelore Linkiewca (Gelsenkirchen).
- Thorsten Kamp (Amt für Stadtplanung und Bauaufsicht Gladbeck).
- Eike Lorig (Wirtschaftsförderung, Stadt Dortmund).
- Marion Kamp-Auböck (ILS NRW Wohnungswesen, Dortmund).
- Volker Kreuzer (Uni Dortmund, Fakultät für Raumplanung).
- Norbert Post (Architekt BDA, Dortmund).
- Helmut Niemeier (Rektor i.R., Gelsenkirchen).
- Kurt C. Reinhardt dwb (Philosoph, Essen).
- Martin Scholz (Reiseleiter, Gelsenkirchen).
- Jürgen Klute (Sozialpfarrer, Herten).
- Prof. Gerd Fleischmann, Ulrichshusen).
- Petra Feider (Stadtplanerin, Gelsenkirchen).
- Norbert und Luzie Everling (Gelsenkirchen).
- Ilse Höpker (Textildesignerin, Gelsenkirchen).
- Helga und Manfred Bendzko (beide Industriekaufmann, Gelsenkirchen).
- Gerda Wehner (Gartenpflege, Gelsenkirchen).
- Gisela Kump (Gelsenkirchen).
- Prof. Dr.-Ing. Manfred Walz (Stadtplaner und Architekt, Bochum).
- Susanne Kreitschmann (Architektin, Dortmund).
- Eva Komainda (Architektin, Dortmund).
- Guido Seidel (Architekt, Dortmund).
- Jasemin Utku (Lehrbeauftragte und Stadtplanerin,

- Bochum).
- Dipl. Ing. Kai Fronemann (Stadtplaner, Dülmen).
- Matthias Herrmann (Architekt Gelsenkirchen/Bochum, Archifactory).
- Karl-Heinz Danielzik (Landschaftsarchitekt, Duisburg).
- Sven Niemeier (Gelsenkirchen).
- Verena Hefendehl (Lehrerin, Gelsenkirchen).
- Dieter Wilke (Gelsenkirchen).
- Peter Liedke (Leiter des Pixelprojekt Ruhrgebiet, Herne).
- Thomas Briele (Journalist, Essen).
- Michael Förster (Mülheim/Ruhr).
- Arnold Voß (Herne).
- Heike Niemann-Wendt (Herne).
- Harald Gerunde (Psychotherapeut, Gelsenkirchen).
- Eckart Kuke (Lehrer, Gelsenkirchen).
- Bärbel Schwier (Gelsenkirchen).
- Sonja Niemeier (Lehrerin, Gelsenkirchen).
- Brigitte Kleinschmidt (Gelsenkirchen).
- Sven Stein (Architekturstudent, Bochum).
- Micha Fedrowitz (Raumplaner, Dortmund).
- Prof. Dr. Ursula von Petz (Planerin/Architektin, Schwerte).
- Prof. G. Dechene (Hagen).
- Hans Achim Wagner (Schlosser, Gelsenkirchen).
- Gina Cornelissen-Wagner (Gelsenkirchen).
- Nora Wagner (Studentin, Gelsenkirchen).
- Ulla Krullmann (Bekleidungs-Ingenieur, Gelsenkirchen).
- Jörg Höpker (Elektro-Ingenieur, Gelsenkirchen).
- Charlotte Quast (Dipl.-Psychologin, Xanten).
- Rolf Dworak (Pädagoge und Designer, Kalkar).
- Teilnehmer eines Klassentreffens ehem. Gelsenkirchener Schülerinnen: Ursula Quast, Textil-Ingenieur; Renate Hinz, Schriftstellerin; Renate Neuerburg, Sekretärin; Christel Schwengler, Büroangestellte; Monika Spuhn, Technische Zeichnerin; Gotelind Schwantge, Dolmetscherin; Annemarie Scholz, Pädagogin; Roswitha Schumacher, Buchhändlerin.
- Dr. Marianne Kaiser (Gelsenkirchen).
- Dipl. Ing. Harald Siebert (Düsseldorf).
- Dipl. Ing. Ursula Hitzbleck (Düsseldorf).
- Dipl. Ing. Kristina Pegels (Bearbeiterin Schupp-Nachlaß im DBM Bochum).
- Dipl. Ing. Julia Baumann (Bad Nauheim).
- Katrin Manzke, M.A. (Bochum).
- Alrun Jahn (Kunsthistorikerin, Essen).
- Axel Scheibe M. A. (Historiker Stiftung Industriedenkmalpflege Dortmund).
- Dipl. Ing. Norbert Tempel (Westfälisches Industriemuseum Dortmund).
- M. A. Karin Dahn-Zeppenfeld (Stiftung Industriedenkmalpflege Dortmund).
- M.A. Irene Rumpler (Witten).
- M.A. Ulrich Büchold (Kunsthistoriker Bochum).
- M. Gunnia (Gelsenkirchen).
- Ursula Jennemann-Henke (Bochum).
- M.A. Kirsten Müller (Essen).
- M.A. Ute Durchholz (Bochum).
- Dr. phil. Jens Heckl (Drenssteinfurt).

- Dr. Stefan Przigida (Bochum).
- Dr. phil. Evelyn Kroker (DBM, Bochum).
- Dr. Michael Ganzelewski (Bochum).
- Claus Stiens (Herne).
- Heinrich Böll (Architekt BDA DWB, Essen).
- Hans Krabel (Regierungsbaumeister DWB, Essen).
- Achim Pfeiffer (Essen).
- Jafiye Kapusuz (Dortmund).
- Sven Seidensticker (Architekt, Düsseldorf).
- Christoph Bohkämper (Architekt, Düsseldorf).
- Oliver Jaworski (Architekt, Herne).
- Marc Lepper (Gelsenkirchen).
- Stefan Roth (Architekt, Mülheim/Ruhr).
- Birgit Lemmen (Essen).
- Sophie Beuter (Bochum).
- Gerrit Panten (Essen).
- Täglich kommen weitere Unterzeichner hinzu.

**Plädoyer eines Weltklasse-Architekten:
kein Abriß sondern Phantasie.
Prof. Dr. Roland Günter interviewt
den ltd. Baudirektor a. D. Bernhard Küppers**

*Bernhard Küppers war 27 Jahre lang der Stadtbau-
meister von Bottrop. In dieser Zeit schuf er in seiner
Stadt rund 35 öffentliche Bauten mit hoher Qualität.
Weltberühmt wurde das Museum Quadrat/Albers
Zentrum. Für seine Leistung, in einem schwierigen
Feld jahrzehntelang Qualität durchgehalten zu haben,
zeichnete ihn der Deutsche Werkbund NW als Ehren-
mitglied aus.*

*Küppers verfügt über eine außerordentliche Erfah-
rung im Umgang mit öffentlichen Bauten. Er stellt sie
der Bürgerinitiative zur Verfügung.*

Roland Günter: „Was sagen Sie zum Beschluß des
Stadtparlamentes Gelsenkirchen, das Hans Sachs-
Haus, abzureißen.“

Bernhard Küppers: „Sie wissen nicht, was sie tun.“

RG: „Das ist ein Bibel-Zitat ...“

BK: „... und ein menschliches Desaster.“

RG: „Hat der Abriß dieses öffentlichen Gebäudes,
einer Ikone des Ruhrgebietes, irgendeine Rationali-
tät?“

BK: „Ich sehe keine. Das Hans Sachs-Haus gehört
zu den bedeutendsten Bauten des Landes – so etwas
darf man einfach nicht abreißen. Es fügt der Stadt
großen Schaden zu.“

RG: „Es wird behauptet, es gäbe keinen Ausweg –
die Finanzen ließen keinen Erhalt zu.“

BK: „Diesen Spruch habe ich in Jahrzehnten viele
Male gehört – wie eine Gebetsmühle geleiert. Er ist
das, was man eine Killerphrase nennt – ein Satz, der
denen, die ihn sagen keinerlei Mühe macht – sie spa-
ren sich Argumente. Und die Unbedarften erschre-
cken. Hinzu kommt, daß keine Diskussion zugelassen
wird.“

RG: „Meist werden Gutachten angeführt ...“

BK: „... dieses Spiel ist bekannt. Die Gutachten ver-

dienen nicht das Papier, auf dem sie stehen.

Meine Erfahrung: Es traut sich kein Gutachter ge-
gen die geradezu vorgeschriebene Meinung anzutren-
ten.

Bei Gutachten hält keiner den Kopf hin – sie stecken
voller Ängste, kein Gutachter will auch nur das gering-
ste Risiko eingehen. Das hat die Folge: der Gutachter
arbeitet methodisch nicht tief genug. Das Gutachten
dient dazu, sich und Verwaltungen abzusichern.

Weil man weiß, wie das läuft, kann man Gutach-
ten mißbrauchen – indem man dem Gutachter ein Ziel
suggeriert.

Gutachten haben eigentlich nur Sinn in gericht-
lichen Beweis-Sicherungsverfahren – dann bestimmt
jedoch das Gericht den Gutachter. Im vorliegenden
Fall – und in vielen anderen – kann man immer sagen:
Das ist ein Partei-Gutachten.“

RG: „Was brauchen wir?“

BK: „Wer das Hans Sachs-Haus abreißt, ist phan-
tasielos. Es fällt ihm nichts ein, um ein Problem zu lö-
sen.“

RG: „Wo liegt das Problem?“

BK: „Zunächst und als Wichtigstes: eine Stadt muß
ein Selbstbewußtsein für ihre Schätze haben. Bei den
Abreißwilligen sehe ich pure Ignoranz. Davon gibt es
viele, aber dies ist keine Entschuldigung. Wenn sie das
Hans Sachs-Haus zerstören, zerstören sie viel von sich
selbst.“

RG: „Sie machen einen Vorschlag, wenigstens das
Wichtigste zu erhalten ...“

BK: „... die beste Lösung wäre natürlich, das ganze
Gebäude zu erhalten.“

RG: „Es ist schrecklich zugerichtet.“

BK: „Dies ist eine Schande. Aber bautechnisch kann
man es durchaus retten. Mit konventionellen Metho-
den.“

RG: „Man sagt, das sei zu teuer.“

BK: „Dies ist wieder so eine Killerphrase. Natürlich
kostet es Geld, aber in jedem Falle würde hier Geld
ausgegeben. Man kann unterschiedliche Szenarios
durchrechnen. Erst dann darf jemand mit Anstand sa-
gen, was mehr oder weniger kostet. Aber bislang hat
die Stadt dies nicht getan.“

RG: „Wenn die Stadt rechnet ...“

BK: „... besteht große Gefahr, daß wieder heraus
kommt, was an falscher Zielsetzung gewünscht wird.
Sie kann ja rechnen – aber unter Vorgaben, Methoden
und Kontrollen, die mit den Opponenten der Zerstö-
rung laufend diskutiert werden. Nur auf diese Weise
kommt etwas heraus, was man fair und anständig
nennen darf.“

RG: „Sie haben einen Plan B skizziert.“

BK: „Für den Fall, daß die Umstände so geraten,
daß man im Inneren den Abriß erzwingt. Der Plan B
ist nur die zweitbeste Lösung – aber dies ist das unab-
dingbare Minimum, das alle fordern müssen, denen
etwas an der Würde der Stadt liegt.“

RG: „Sie erhalten sämtliche Fassaden mit Ihrer Pla-
nung?“

BK: „Die Fassaden sind das Wichtigste am Gebäu-
de. Sie haben starke Wirkungen: städtebaulich – für

den Platz – und für das großstädtische Flair der Stadtmitte.“

RG: „In der Tat – es gibt in diesem Bereich kein Gebäude, das Großstadt im besten Sinn so eindrucksvoll vor Augen führt.“

BK: „An diesem Gebäude kann man lernen, wie Großstadt nicht megaloman sein muß, sondern menschlichen Maßstab haben kann, gute Gliederungen, Fassaden mit spannender Textur – mit Ziegeln. Wenn man genau hinschaut haben die Fassaden sowohl einen durchgängigen Charakter wie innerhalb dessen viel Abwechslung.“

RG: „Wie stabilisieren Sie die Fassaden?“

BK: „Das geht sehr einfach und absolut billig. Das Gebäude ist eine Stahlbeton-Skelett-Konstruktion. Sie bestehen aus Stützen und aussteifenden Scheiben – in vertikaler Ebene (Wände) und horizontaler Ebene (Decken).

Dieses System stützt die Fassade. Würde man dieses System entfernen, um nur die Fassade zu erhalten, hätte man sehr große statisch-konstruktive Probleme.

Damit die Fassade stabil bleibt, muß innen ein Deckenfeld mit zwei Reihen von Stützen erhalten bleiben.

Die damalige Bau-Technik kommt dem Anliegen entgegen: Die Armierung ist nur von Stütze zu Stütze gespannt – und nicht weiter: man kann also die Decke hinter der zweiten Stütze abtrennen.“

RG: „Sie müssen also nur noch den illegal abgerissenen inneren Gebäude-Teil an der runden Ecke neu stabilisieren.“

BK: „In der Tat. Aber das kostet nicht die Welt.“

RG: „Wenn wir wieder die Phantasie mobilisieren, was könnte man mit dieser inneren Stützen-Konstruktion für die Fassaden noch anfangen.“

BK: „Dafür gibt es zwei Möglichkeiten.

Die einfachste: man läßt sie im Rohbau-Zustand – dann wirkt das Ganze wie Loggien. Das ist eine riesige Anlage ...“

RG: „... ich denke, daß man das spannend gestalten kann.“

BK: „Die Loggien sind wettergeschützt. In sie hinein können Skulpturen und Bilder gestellt werden. Am besten mit einem Programm – es wird interessant aussehen.“

RG: „Und die zweite Möglichkeit?“

BK: „Wenn man auch ein zweites Stützenfeld stehen läßt, also eine dritte Reihe von Stützen, kann man darin eine Flur-Zone machen – sie kann die Räume erschließen, die dann erneut hinter der Fassade im ersten Stützen-Feld erstehen können. Dies ist eine sehr funktionale Lösung.“

RG: „Sie haben eine geniale Idee für den Innen-Bereich.“

BK: „Dafür gibt es viele Möglichkeiten.

Ich skizziere eine davon. Man kann darin ein Gebäude errichten. Wenn man dafür eine einfache Belichtung haben will, läßt man rundherum ein wenig Luft, d. h. Abstand zum erhaltenen Teil – wie in einem Licht-Hof. Dann kann man ein ganz neues Gebäude mit vielen Stockwerken in die Höhe bauen. Es kann sogar noch zwei oder drei Geschosse höher als die Fassade aufsteigen.

Entweder ist es eine Konstruktion, die man von außen, von den Plätzen aus, nicht sieht, weil sie hinter der Trauflinie der Fassaden verborgen bleibt.

Zwei Möglichkeit: Man baut einen Turm, der sich sichtbar macht – und in der Gestaltungs-Weise, bei hoffentlich hoher Qualität, mit dem Bestand kontastiert. Harmonie aus dem Gegensatz.“

RG: Es hat ja auch das Gebäude von Alfred Fischer seinen Turm – er kann einen unterschiedlichen Bruder bekommen.“

BK: „Wir können dadurch wichtige Werte erhalten.“

RG: „Jetzt kommt das übliche Gerede, daß dies viel kostet.“

BK: „Wie sich die Stadt wendet und dreht: wenn sie hier etwas bauen will – ich höre, daß es ihre Absicht ist – kostet es immer etwas. Die Sicherung der Fassaden ist sehr billig – dafür erhält sie Unbezahlbares: die Ikone. Und sie wahrt wenigstens einigermaßen ein ziviles Gesicht.

Der innere Neubau kostet, was er auch sonst kosten würde. Auch die Normalität fällt nicht vom Himmel, sondern muß bezahlt werden.

Nochmal: Es ist ganz unsinnig, aus dem Bauch heraus von Abriß zu reden – man muß die Phantasie entwickeln, die zu guten Problem-Lösungen führt.“